

Anarchie und Demokratie. Die Gleichsetzung des Unvereinbaren

Herbert Wehner

Wer mit 20 kein Anarchist gewesen ist, aus dem wird nie ein guter Demokrat.

Anarchie und Demokratie werden immer wieder so miteinander verbunden, dass sie in Form direkter oder Basisdemokratie die innere Organisationsform der Anarchie bilden. Diese Auffassung ist im deutschsprachigen Raum weitgehend unbestritten und wird auf den meisten Treffen auch praktiziert. Übersehen wird dabei, dass die beiden Begriffe aus zwei völlig unterschiedlichen Ideologien stammen: Einmal der Organisation von Herrschaft (Demokratie) und einmal der Herrschaftsfreiheit (Anarchie).

Wie kommt es dann aber, dass sich für viele Menschen Basisdemokratie und Anarchie als dasselbe anfühlen, sie also an beidem hängen? Warum sind Entscheidungsmethoden der Basisdemokratie in anarchistischen Zusammenhängen weit verbreitet und werden in vielen einschlägigen, sich anarchistisch nennenden Zeitungen, Gruppen und Strömungen, ebenso in Büchern und Broschüren als Entscheidungsmethode „der“ Anarchie propagiert?

Das ist umso verwunderlicher, als in der Praxis Plena, endlose Debatten und formsteif ausgeführte Konsensabstimmungen viele Menschen eher nerven. Doch die Lustkurve geht bei all dem zwar regelmäßig nach unten, trifft aber offenbar auf ein Bedürfnis nach Gemeinschaftskultur und formalisierte Klarheiten. Zeigt sich hier die Auswirkung der Sehnsucht vieler Menschen nach neuen, künstlichen Geborgenheiten angesichts des Losgelöstseins in der Natur (siehe Kapitel zum Mensch in der Textsammlung „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“)? Muss mensch leiden für das Gute?

Eine kritische Reflexion über (Basis-)Demokratie und Anarchie fehlt bislang. So bleibt unentdeckt, was im Folgenden aufgezeigt werden soll: Keine Form der Demokratie passt zur Anarchie.

Sieben Mal: Anarchie und (Basis-) Demokratie sind unvereinbar!

1. Mit und ohne Kollektivsubjekt

Demokratie ist die Herrschaft des ‚demos‘, also des Volkskörpers oder, auf den kleineren Maßstab angewendet, die Herrschaft der als Gesamtwillen gedachten Einheit über die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Einzelnen. Das ist im großen Rahmen das ‚Volk‘ (mit der Besonderheit, dass dieses erst frei erfunden wird), im kleineren ‚die Gruppe‘, ‚das Camp‘ oder was auch immer – gedacht als Kollektiv, d.h. als handelnde Einheit. Damit tritt das Kollektiv konkurrierend den Einzelnen und de-

ren Kooperationen gegenüber: Ressourcen an Aufmerksamkeit, Durchsetzungskraft usw. werden zwischen ihnen verteilt. Anarchie kann das nicht sein, denn ein herrschaftsfreier Raum ist mit der Existenz eines über oder auch nur neben den Einzelnen und ihren Kooperationen stehenden Subjekts voller Handlungskompetenzen nicht vereinbar.

Anarchie hingegen ist die Abwesenheit von Kollektivsubjekten. Ob Regierung, Parlament, Vorstand oder Plenum, im Namen des Volkes oder der Gruppe – immer beziehen sich Gremien oder SprecherInnen auf eine Kollektivität, d.h. eine Menge von Menschen, die als Ganzes entscheidet und Regeln und

Normen festlegt, die dann auch für alle Einzelnen gelten, die als Teil der Gesamtheit gedacht werden. Das macht von der Logik her nur Sinn, wenn auch erwartet wird, dass die aufgestellten Regeln und Normen eine Wirkung haben, d.h. befolgt und im Zweifelsfall auch durchgesetzt werden.

Basis- und direkte Demokratie wiederum sind Unterformen der Demokratie. Das gibt schon das Wort her. Sie sind es auch praktisch, denn beide brauchen das für alle Formen von Demokratie konstitutive Merkmal des abgegrenzten Kollektivs, das den Gemeinwillen schaffen oder von dem dieser zumindest formal abgeleitet werden kann – eben den „demos“. Dieser aber wird grundsätzlich herrschaftsförmig bestimmt und steht nach seiner Erschaffung als Überbau über den Individuen. Direkte und Basisdemokratie unterscheiden sich in der Art, wie das abgegrenzte Kollektiv Entscheidungen fällt. Basisdemokratie ist unvereinbar mit einem abgekoppelten Überbau, direkte Demokratie kann sogar damit problemfrei verbunden werden. Doch bereits die Existenz des „demos“ widerspricht der Anarchie, denn das eine stammt aus der Welt der Macht und der Herrschaftsmethoden, das andere ist eine Idee der Herrschaftsfreiheit.

Kritik der Demokratie auf www.demokratie-total.de.vu und des „demos“ (Volk) als Grundlage auf www.projektwerkstatt.de/demokratie/volk.html



2. Mit und ohne kollektiven Entscheidungen

Kollektive Entscheidungsfindung bedeutet, dass innerhalb einer nicht für einen konkreten Zweck entstandenen Runde von Menschen Entscheidungen getroffen werden, die für alle gelten – auch für die, die sie nicht gut finden, die sich an der Entscheidung nicht beteiligt haben (weil sie müde waren, anderes machen wollten oder Entscheidungsprozesse dieser Art ablehnen) oder noch nicht da waren (später gekommen, geboren ...). Kollektive Entscheidungsfindung dient der Konstruktion eines „Wir“, schafft dieses und setzt es voraus. Sie gebietet für alle im konstruierten Kollektiv eingemeindeten Personen allgemeingültige, d.h. genormte Verhaltensweisen.

Demokratie ist ein System des Treffens kollektiver Entscheidungen. Dabei wird zwischen verschiedenen Formen der Demokratie entschieden, die sich hinsichtlich der Methode der Entscheidungsfindung unter-

scheiden, aber immer den Kern kollektiver Entscheidungsfindung aufweisen. D.h. es wird von einem Gremium oder in einem Abstimmungs-gang eine Entscheidung gefällt mit dem Anspruch, dass diese für alle bzw. für die in der Abstimmung definierten Menschen zu gelten hat – ob die wollen oder nicht. Die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen, auch der Betroffenen, sind je nach Form der Demokratie (repräsentative, direkte, Räte- oder Basisdemokratie) verschieden. In allen aber besteht keine Möglichkeit, sich dem grundsätzlich zu entziehen. Demokratie steht immer für eine Totalität des Anspruchs auf Entscheidung. Ob demokratisch gewählte Regierung, Volksabstimmung der direkten Demokratie oder Plenumsbeschluss im Konsens – das Ergebnis gilt für alle, auch die, die sich nicht beteiligen.

Etwas Verwirrung stiften Abwandlungen, in denen unklar ist, ob tatsächlich der Anspruch auf Zuständigkeit für alle erhoben wird. Es stellt sich angesichts des konstitutiven Elements des „demos“ in der Demokratie dann aber die Frage, ob hier noch eine Variante der Demokratie betrieben wird oder keine mehr. Werden z.B. Entscheidungen aus den zentralen Gremien in kleinere Treffen verlagert, die dann aber auch nur noch für sich entscheiden, so wächst Autonomie – und die ist von Prinzip her nicht mehr demokratisch. Demokratie ist die mehr oder weniger entfaltete Selbstbestimmung des Kollektivs als Kollektiv. Die Selbstbestimmung der Einzelnen für sich und in der Gestaltung der gesellschaftlichen Interaktion ohne Zuordnung zu (Zwangs-)Kollektiven und Entscheidungsfindung in diesen ist demgegenüber nicht mehr demokratisch.

Anarchie verträgt sich mit der Konstruktion eines „Wir“ nicht, weil dieses niemals die Vielfalt selbstbestimmter Menschen und ihrer Kooperationen und Gruppen widerspiegeln kann. Daher kann Anarchie nur dort existieren, wo auf die Konstruktion des Kollektivs als Einheit und die dorthin führende kollektive Entscheidungsfindung verzichtet ist. Alles, was ist, ist die Entscheidung der Menschen und die Kooperation zwischen ihnen ohne Anspruch auf Vertretung anderer oder Schaffung eines überindividuellen „Wir“. Unter Abwesenheit von Herrschaft würden vielfältige, sich überlagernde offene Systeme (Räume, Netzwerke, Kommunikationsforen, soziale Gruppen ...) entstehen, die eine Entscheidungsfindung immer nur (wenn überhaupt) zu konkreten Fragen und in der dann dazu passenden Zusammensetzung von Menschen herbeiführen. Das aber wäre dann Entscheidung in der Kooperation, d.h. niemand ist gezwungen, sich dem zu unterwerfen – es gibt keine gedachte und handelnde Figur über den Menschen.

Basis- und direkte Demokratie: Abstimmungen in Basisversammlungen schaffen wie direkt-demokratische Entscheidungen Festlegungen eines Kollektiv mit Wirkung mindestens im Kollektiv. Dieses Kollektiv bedarf einer klaren Abgrenzung, weil ohne diese wäre unklar, wer abstimmungsberechtigt ist. Das ist umso bedeutender, je stärker die Rechte des Einzelnen im Abstimmungsprozess verregelt sind. In Konsensverfahren ist über die Grenzziehung von Innen und Außen geregelt, wer ein Veto einlegen kann und wer nicht.

Beispiele:

- Abstimmungsprozesse aller Art, die in Verbänden, auf Camps oder Aktionen das Verhalten vereinheitlichen, z.B. über Programmabläufe, Nahrungsangebote, als gemeinsam deklarierte Aktionen und mehr.
- Vertretung des Ganzen nach außen, d.h. Presstexte, -erklärungen, -kontakte im Namen eines Verbandes, einer Gruppe, Kampagne oder Aktion; Vertretung gegenüber Behörden, EigentümerInnen usw.
- Auf verschiedenen sog. Delegiertentreffen in sozialen Bewegungen (z.B. Deli-Strukturen in der Anti-Atom-Bewegung) sind Kriterien für den Delegiertenstatus gar nicht festgelegt. Dennoch wird mit der Zuweisung dieses Status über die Anwesenheitsberechtigung von Menschen entschieden.

3. Innen und Außen

Demokratie: Jede demokratische Abstimmung braucht eine Definition darüber, wer mitstimmen darf oder nicht. Die Übergänge können zwar fließend sein, aber nicht gänzlich verschwinden, weil jede Versammlung, die als Kollektivsubjekt handelt, zumindest hinsichtlich der Frage, wer davon informiert bzw. eingeladen wird und somit auch nur mitstimmen kann, einer Festlegung bedarf. Damit entsteht immer ein „Innen“ und „Außen“, also die Dazugehörenden und die nicht Dazugehörenden.

Anarchie: Die Bildung von Innen und Außen stellt aus mehreren Gründen eine Ausübung von Herrschaft dar und ist deshalb nicht kompatibel mit der Idee der Anarchie. Zum einen ist schon die Definition, wo die Grenze eines Kollektivs ist, immer von oben vorgegeben, weil selbst demokratische Verfahren keinen Mechanismus aufweisen, mit dem sich ein späteres Kollektiv selbst als solches definiert. Denn vor der Bildung des Innen und Außen wäre ja noch unklar, wer wie mitbestimmen darf. Daher kann sich ein Kollektiv nicht vollständig aus sich selbst heraus bilden.

Zum anderen entsteht nach der Entstehung eine Grenze, die einer Überwachung bedarf. Sie kann nicht auf Selbstdefinition der sich dann Beteiligten basieren, da sie dann praktisch nicht existieren und das Kollektiv aufgehoben würde. Folglich bedarf es einer Kontrolle, wer dazugehört und wer nicht. Es muss Personen geben, die das Privileg haben, dieses bestimmen zu können.

Basis- und direkte Demokratie: In der Praxis basisdemokratischer Bewegungen wird zwar oft intern die Gleichberechtigung erhöht, aber es entsteht regelmäßig eine sehr deutliche Konstruktion von Innen und Außen. Es gibt nicht nur eine bestimmte Logik der Einladung zur Versammlung, sondern ständig sogar die konkrete Ausgrenzung von als nicht zugehörig definierten Personen – also über das Privileg des Eingeladenseins hinausgehend.

Die direkte Demokratie unterscheidet sich in der Logik der Grenzziehung gar nicht von repräsentativer Demokratie.

Beispiele:

- Auf einem Camp beschwerte sich ein Anwohner über die Lautstärke. Er war dafür (basisdemokratisch betrachtet völlig korrekt) zum Plenum gekommen und trug sein Anliegen vor. Er wurde aber als nicht zum Camp dazugehörend definiert und sein Anliegen übergangen. So zeigte sich ein deutliches Innen und Außen. Wer wann wie entschieden hatte, wer dazugehört und wer nicht, war zudem unklar. Der Auswahlmaßstab war offensichtlich am formalen TeilnehmerInnenstatus auf dem Camp, vielleicht an camptypischer Kleidung oder Ähnlichem orientiert, nicht aber an Betroffenheit von einer Entscheidung. Denn dann hätte der lärmgeplagte Anwohner wohl Teil des Entscheidungsprozesses sein müssen.
- Auf einem anderen Camp wurden Nazis ausgeschlossen. Doch kollektive Entscheidung kann die Auslegung und Definition im Einzelfall nicht ersetzen, sondern legitimiert „nur“ machtförmiges Handeln. Als Folge des Beschlusses zur Ausgrenzung von Menschen entwickelte sich eine zum Teil abenteuerliche Praxis am Kontrollpunkt (!) am Eingang, wer als Nazi definiert wurde und wer nicht. Das Aussehen spielte dabei die wichtigste Rolle.

4. Mit und ohne „Wir“, Gemeinwille, Einheit und Geborgenheit

Demokratie: Der „demos“ ist die Einheit, auf der alles basiert – im Großen (Volk, Nation) wie im Kleinen, z.B. im Verein, in der Familie oder Verwandtschaft, als Fanclub, religiöse Gruppe oder was auch immer. Das „Wir“ entstammt nicht des selbstbestimmten Zusammenkommens, sondern wird definiert – durch Abstammung, vermeintliche Tradition oder einfach durch die VerkünderInnen der erst durch die Verkündung produzierten, aber in der Verkündung als vorher bestehend behaupteten Gemeinsamkeit.

Dieses künstliche „Wir“ einer Nation oder Volksgemeinschaft (in Deutschland wegen der spezifischen Geschichte selten so genannt, sondern verschleiern umschrieben mit Wertegemeinschaft, Leitkultur oder Standort), trifft auf hohe Akzeptanz. Denn die Zurichtung im Leben eines Menschen (Erziehung, Bildung, soziales Umfeld, Medien ...) bringt fast alle Menschen dazu, sich selbst lieber als Rädchen im System zu begreifen statt als selbstbewusstes und selbst handelndes Individuum, das sich soziales Umfeld und Kooperationsebenen selbst wählt. So enden fast alle in vorgegebenen Rollen (Haushalt, Kindererziehung, Jobsuche, Ausbildung oder den jeweiligen Job mit seinen Arbeitsanforderungen; ergänzt durch die Rollen in Vereinsvorständen usw.). Da sie Selbständigkeit nicht gelernt haben, fühlen sie sich in Räumen mit vorgegebenen Orientierungen wohl. Insofern passen Vereinzelung (Individualisierung ohne Selbstbewusstsein und Selbstbestimmung) und kollektive Identität gut zusammen. Das eine füllt die Leere im anderen.

Anarchie: Was der Demokratie Akzeptanz verschafft angesichts der auf Unselbständigkeit zugerichteten Menschen, macht es der Anarchie zur Zeit sehr schwer. Offene Systeme, in denen die Menschen selbst agieren, für sich entscheiden, sich positionieren, selbst handeln und intervenieren (z.B. bei Krisen oder Übergriffen), sind fremd, bereiten Angst, erzeugen Unsicherheit. Wer aber Welt verändern und bisherige Normalität brechen will, kommt darum nicht herum. Statt nun den Rückzug in eine neue Geborgenheit und Kollektivität zu organisieren, wäre es an der Zeit, den gewollten Bruch mit dem bisher Üblichen und (Fremd-)Orientierung Gebenden auch offensiv zu organisieren – von Methoden der Kooperationsanbahnung und gleichberechtigten Organisation über offene Räume und offenen Zugang zu allen Ressourcen bis zu Reflexion, Seminaren und mehr, deren Ziel das Hinterfragen der Normalität, das Entwickeln von Utopien und das Aneignen von Know-How im selbstorganisierten Leben ist.

Basis- und direkte Demokratie: Ähnlich erfolgreich wie die Demokratie ist die Basisdemokratie als Strategie von Entscheidungsfindung in politischen Bewegungen, weil sie ersehnte, externe Geborgenheit verschafft. Die meisten AnhängerInnen der Basisdemokratie wollen zwar etwas anderes als „die da oben“, aber das Neue soll keine ungewohnten Lebensverhältnisse hervorrufen – also nicht verunsichern, obwohl das angesichts der Verhältnisse nötig und sinnvoll wäre. Basisdemokratie schafft Einheit, Orientierung, Geborgenheit und ein kollektives „Wir“ – aufgrund der intensiven, gemeinschaftlichen Entscheidungsverfahren sogar stärker als andere Formen der Demokratie. Besonders gilt das für Konsensverfahren, die noch dazu den Schein des Einvernehmlichen hinzufügen. Damit kommen sie den erzeugten Bedürfnissen der unter den realen Verhältnissen aufgewachsenen Menschen entgegen. Auch „Linke“ suchen Orientierung von außen statt den offenen Prozess, in dem sie immer wieder ihre eigene Position finden oder klären müssten.

Direkte Demokratie führt im Vergleich mit der repräsentativen Demokratie oft zu gar keiner Veränderung der „Wir“-Bindung. Volksentscheide können die Identifikation mit der herrschenden Politik sogar erhöhen. Die gesteigerte Legitimation gehört zu den wichtigsten Gründen für die Direktwahl von Führungspersönlichkeiten. So enthalten viele Vorschläge z.B. zur Direktwahl von BundespräsidentIn oder -kanzlerIn in Deutschland als Argument den Hinweis, dass so eine akzeptierte VolksführerIn als Identifikationsfigur entstehen würde. Offenbar merken die ProtagonistInnen solcher Ideen nicht einmal, welche gefährlichen Entwicklungen sie damit den Boden bereiten. Es war und ist für DiktatorInnen dieser Welt immer eine interessante Legitimationsbeschaffung gerade für harte Machtdurchgriffe, sich vom „Volk“ in inszenierten Wahlen bestätigen zu lassen. Aus diesem Blickwinkel müsste auch das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte als direkte Demokratie gewertet werden.

Mail aus der Redaktion des FAU-Organs „Direkte Aktion“ als Ablehnung eines Textangebotes zur Kritik an der Basisdemokratie
Wir konstruieren bewusst ein starkes „Wir“. Wir wollen das halt so. Und weil wir das wollen, ist es auch nicht unanarchistisch.

5. Mit und ohne Stellvertretung

Demokratie: Die übliche, also repräsentative Demokratie ist ein System der Stellvertretung. Repräsentation bedeutet, dass Menschen legitimiert werden, für das Ganze zu reden. Ob Nation, Bundesland, Stadtverwaltung,

Sportverein, Partei oder Firma – immer gibt es Personen, die für das Ganze und im Namen auch der ungefragten Vielen innerhalb dieser Einheiten reden, Verträge abschließen und Kooperationen eingehen.

Text im Buch „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“ (auch www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/wirundalle.html)



Zur Kritik an

Demokratie unter

www.projektwerkstatt.de/demokratie/stellvertretung.html

Anarchie: Stellvertretung und Vereinbarungen sind Herrschaftsformen. Herrschaftsfreiheit besteht nur dort, wo Stellvertretung fehlt, d.h. alle Menschen nur für sich reden und direkte Vereinbarungen schließen. Das schließt komplexe Absprachevorgänge nicht aus – je-

doch handeln auch in komplexen bzw. überregionalen Kooperationen die Tätigen nie im Namen anderer, sondern für sich. Im günstigsten Fall stellen sie ständig Transparenz her, so dass andere, die betroffen sind, sich wiederum direkt einmischen können. Sie können dabei Einzelne ansprechen, sie als Kontaktpersonen nutzen, aber niemals werden diese zu ihren VertreterInnen.

Basis- und direkte Demokratie: Neben basisdemokratischen Versammlungen werden Räteysteme als Möglichkeit für herrschaftsfreies Entscheiden vorgeschlagen. In den Räten soll ein imperatives Mandat herrschen, d.h. die dort Handelnden sind an die Beschlüsse derer, die sie vertreten, gebunden. Ob das überhaupt funktionieren kann, ist bereits zweifelhaft, denn der Rückfluss an Informationen aus dem Geschehen in den Räten entscheidet darüber, ob die Vertretenen ihre Vorgaben erfüllt sehen. Steuerung über Information ist aber ein Mittel der Herrschaft und wirkt der tatsächlichen Möglichkeit imperativer Mandatierung entgegen. Zum Zweiten aber ist auch in der Logik des imperativen Mandats die Stellvertretung integriert. Das Recht, die Person jederzeit abzubrufen, hebt Stellvertretung nicht aus, sondern begrenzt sie nur in der zeitlichen Dimension. Die Privilegierung in der Phase, in der die Stellvertretung andauert, ist dennoch vorhanden und sichert sich selbst über die genannte Steuerung der Informationsflüsse ab. Was über die Vorgänge in den Räten nach außen dringt, unterliegt der privilegierten Beeinflussung durch die Personen in diesen Räten. Sie steuern die Diskurse über das, was als wahr und wichtig angenommen wird: Welche Probleme liegen vor? Was sind die Ursachen? Wer ist schuld? Gibt es eine Krise und welche? All das sind Diskurse, die in einer Gesellschaft ständig wirken und deren Steuerung in den modernen medialen oder sozialen Systemen den wichtigsten Machtfaktor darstellt. Bestehen hier Privilegien, ist Horizontalität weit weg. Räte schaffen solche Privilegien, weil die Aufmerksamkeit für deren Handlungen höher ist als für die anderer. Sie zu kontrollieren, ist schwierig, denn Informationen aus den Treffen werden gefiltert nach außen gegeben,

d.h. eine unabhängige Kontrolle der Tätigkeit von Delegierten ist für die von ihnen Vertretenen gar nicht möglich. Die Macht der Informationshierarchie wirkt.

Direkte Demokratie schafft in der Reinstform keine Stellvertretung, ist aber in der Regel mit repräsentativen oder basisdemokratischen Strukturen gekoppelt, d.h. ergänzt diese nur. Die oben beschriebenen Probleme werden durch die direkte Demokratie nicht gelöst, ja nicht einmal angetastet.

6. Vereinheitlichte Fragestellungen oder offene Debatte

Die gesamte Struktur der Demokratie dient der Durchführung von Abstimmungen als Akt der Normsetzung oder, da in den Elitestructuren viele Entscheidungen informell vorbereitet werden, der Legitimation der Normsetzung. Der „demos“ ist nicht Diskussionsraum, sondern Abstimmungsgemeinschaft. Das Stellen von Entscheidungsfragen mit dem darauf folgenden Ringen um Mehrheiten oder Konsense ist konstituierendes Element von Demokratie.

Anarchie: Eine gute Analyse von Herrschaft muss genau sein. Wer so hinguckt, dem fällt auf, dass nicht nur mit der Abstimmung als Kollektiv massive Strukturierungsprozesse in einer (eigentlich) vielfältigen Menge an Menschen ablaufen, sondern die Vereinheitlichung schon bei der Fragestellung beginnt. Abstimmen kann mensch nur über etwas, was abstimmungskonform formuliert wird. Soziale Fragen werden damit auf Abstimmungsfähigkeit reduziert, wodurch Komplexität und unterschiedliche Sichtweisen der vielen Einzelpersonen auf das Thema verloren gehen. Wo über etwas abgestimmt werden soll, geht es um ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ – auch wenn der Abstimmungsprozess so organisiert sein sollte, dass diese beiden Positionen im Diskussionsverlauf änderbar sind. Es bleibt der Druck, die Lösung von Fragen immer im Rahmen der Abstimmungsfähigkeit zu halten – und nicht als offenes System, ungeklärt, dynamisch, unterschiedlich interpretiert. Die Vereinheitlichung der Fragestellung verschärft die Tendenz von Einheit und Kollektiv, sie schafft Identität, Gruppe, Geborgenheit.

Die Idee der Anarchie, des prinzipiell Offenen und der Welt, in der immer viele Welten Platz haben sollen, widerspricht der Logik von Abstimmungen.

Basis- und direkte Demokratie: Beide verschärfen die Wichtigkeit der Formulierung einer Frage in kollektiven Entscheidungsprozessen. Denn die Abstimmungen sind bei ihnen aufwendiger und daher seltener als z.B. in repräsentativen Gremien wie Parlamenten oder Vorständen. Dort können einmal getroffene Entscheidungen schneller wieder verändert oder aufgehoben werden. Bei Abstimmungen, an denen alle beteiligt sein können, ist der Aufwand höher. Daher kommt der Fragestellung eine größere Bedeutung zu. Erst recht gilt das für Konsensverfahren mit Vetorecht. Denn das Vetorecht verschafft denjenigen Macht, die die Frage passend zu stellen wissen. Daher birgt die Sache mit der

Fragestellung die Gefahr, dass die entscheidenden Machtkämpfe nun auf diesem Nebenschauplatz ausgetragen werden. Wer sich dabei durchsetzt, wie eine zur Abstimmung stehende Frage formuliert wird, hat entscheidenden Einfluss auf das Geschehen genommen. In den ganzen Erklärungen zur Basisdemokratie kommt dieser Punkt regelmäßig gar nicht vor. Das ist entweder ein Defizit an kritischem Denken oder Taktik. Diejenigen, die wissen, wie wichtig die Fragestellung ist, haben einen Durchsetzungsvorsprung gegenüber denen, die aus Mangel an Wissen bei der entscheidenden Phase, nämlich der Formulierung der Frage, nicht aufpassen.



Mehr Beispiele und Informationen im Absatz zum Konsens (siehe unten) und im Kapitel zu modernen Hierarchien.

Beispiel: Wer will, dass in einem Raum nicht geraucht wird, muss die Frage stellen, ob geraucht werden darf, um dann per Veto die Rauchfreiheit zu erreichen.

7. Regeln, Grenzen und Sanktionen – oder auch nicht

Demokratie: Der Sinn demokratischer Entscheidung ist, soziale Räume mit allgemeingültigen, also vereinheitlichten Regeln zu schaffen. Diese können Einzelpunkte betreffen oder grundsätzliche Verhaltensnormen. Aus der Entscheidungsfindung entsteht die Erwartungshaltung, dass die Menschen sich den geschaffenen Bedingungen auch anpassen. Sollte das nicht geschehen, müssten Sanktionen erfolgen oder festgelegt werden, für die ein Durchsetzungsapparat ebenso erforderlich ist wie Personen, die die Definitionsmacht zur Entscheidung haben, ob ein Verstoß vorliegt und nicht – und welche Sanktion zu erfolgen hat. Im modernen Nationalstaat sind das Polizei und Justiz (oder andere Behörden). Das ist in allen Staaten gleich, unabhängig ob Monarchie, Diktatur oder Demokratie, ob kapitalistisch oder sozialistisch. In gesellschaftlichen Subräumen haben formale Gremien oder informelle Eliten diese Vollmachten.

Anarchie: Das Festlegen von Bedingungen für den Aufenthalt von Menschen in einem sozialen Raum ist ein Akt der Herrschaft. Es muss dafür privilegierte Kreise oder Gremien geben, die das „Recht“ haben, diese Bedingungen festzulegen und auch durchzusetzen. Anarchisch ist nur der offene Raum, d.h. Treffen, Gebäude, Prozesse oder Projekte, in die alle Menschen frei eintreten können und bei Konflikten kommunikative Prozesse ohne jegliche Vorbedingungen ausgetragen werden. Das bedeutet nicht die Abwesenheit von Veränderungsprozessen, sie werden aber immer zwischen Menschen in einem horizontalen Verhältnis miteinander ausgehandelt, nie über Gremien oder aus privilegierten Positionen heraus. Räume, Netzwerke, Kommunikationsnetze und vieles mehr sind offene Systeme, in denen es keine vereinheitlichten Regeln gibt, sondern im Fall von Krisen, Unbefriedigung und als Reaktion auf alltägliche Übergriffe, Einschüchterungen, Diskriminierungen oder Zugangsbeschränkungen die kommunikative und direkte Intervention und die offene Debatte – aber ohne kollektive Entscheidung.

Der Sinn von basis- und direktdemokratischen Entscheidungen ist der Gleiche wie bei der repräsentativen Demokratie. Auch hier geht es um Regeln und Beschlüsse für Orte, Netzwerke, virtuelle Räume, Aktionen, Veranstaltungen usw.

Angemerkt sei, dass Innerhalb konkreter Handlungsgruppen (Aktionsgruppe, WG, Betrieb ...) bezüglich sehr konkreten Fragestellungen oder zur Festlegung des Zweckes der Gruppe Entscheidungsfindungen unumgänglich sind. Die Form, in der diese erfolgt, ist hinsichtlich ihrer herrschaftserzeugenden Reichweite zweitrangig. Wichtiger ist, dass sie nicht über den eigenen konkreten Wirkungsbereich, auf Nichtanwesende und allgemeine Strukturen ausgedehnt wird, sondern für die konkret zusammen Handelnden gilt. Plena, Regierungen, Koordinierungskreise, Vorstände usw. entscheiden aber regelmäßig nicht nur für sich, d.h. die Anwesenden, sondern für alle, das Kollektiv aller Menschen, in deren Struktur das Gremium agiert.

Zur Idee offener Räume siehe www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/emanzipat/offen.html, zu deren praktischer Umsetzung: www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/offenerraum.html



Das Ganze am Beispiel: Medien – kontrolliert oder offen?

Diese Beschreibung bringt kein zusätzliches Kriterium, sondern wendet die oben benannten Unterschiede auf ein Fallbeispiel an. Es geht um die Frage, wie Medien (Zeitungen, Radio, Internet-Nachrichtenseiten ...) organisiert sein können.

Ein demokratisches Medium wäre eines, in dem es Abstimmungsprozesse über die Inhalte gibt. Konsequenter wäre noch, wenn auch die Eigentumsverhältnisse am Medium demokratische Prozesse zulassen würden, wenn RedakteurInnen und anderen Beteiligte gewählt würden usw. Das ist so gut wie nirgends der Fall, auch nicht in den sich von Genossenschaften getragenen Blättern, die meist froh darüber sind, dass die GenossInnen sich wenig für das Geschehen interessieren: Geld ja, Mitbestimmung lieber nicht.

Die meisten Medien in der heutigen Gesellschaft sind staatlich oder kapitalistisch organisiert. Rahmenbedingungen wie Pressegesetze werden repräsentativ demokratisch beschlossen. Das reicht, um die hiesige Medienlandschaft als demokratische Presse zu bezeichnen – schwach, aber wahr.

Anarchie bedeutet Herrschaftsfreiheit. In Medien müsste das bedeuten, dass Medien als offene Plattformen organisiert werden, bei denen die Grenzen von SenderInnen und EmpfängerInnen aufgelöst werden. Die NutzerInnen des Mediums werden zu gleichberechtigten GestalterInnen. Einige wenige Beispiele aus dem Internet zeigen, wie das in der Wirklichkeit aussehen könnte, z.B. Wikis und Indymedia – auch wenn bei näherem Hinsehen zumindest in Deutschland selbst da Zensurmechanismen auftreten. Ein besonders grauenvolles Beispiel ist die

Entwicklung des vielfach gehypten Wikipedia⁰ von einer offenen Enzyklopädie zu einer inzwischen hochkontrollierten Sphäre. Printmedien, freie Radios u.ä. könnten durchaus ähnliche Elemente verwirklichen wie es im technisch flexibleren Internet einfach möglich ist. Sie tun es aber fast nie – ein Grund für die Feststellung, dass es anarchistische Medien im deutschsprachigen gar nicht gibt, auch wenn sich einige so nennen.

Basisdemokratisch sind Zeitungen, Internetplattformen u.ä., bei denen die Auswahl der Beiträge, die Gestaltung usw. von den Beteiligten am Projekt entschieden werden. Basisdemokratie ist dabei der Verzicht auf Obrigkeit und Mehrheitsabstimmung. Konsens und gleichberechtigte Beteiligung aller Projektmitglieder an den Entscheidungen prägen das Geschehen. Zensur findet statt – aber im Konsens. Der Unterschied zur Anarchie ist gut erkennbar. Offene Systeme kennen keine Zensur, sondern nur Intervention z.B. in Form von Pro&Contra.

Beispiele:

- Ein Text mit Kritik an der Gleichsetzung oder Nähe von Anarchie und Basisdemokratie wurde an zwei sich anarchistisch nennende, tatsächlich aber (höchstens) basisdemokratische Zeitungen geschickt: Direkte Aktion und Graswurzelrevolution. Beide lehnten den Abdruck ab und begründeten das offensiv damit, dass sie kein Interesse hätten, Texte mit abweichenden Positionen zu ihren Ideologien zu veröffentlichen. Wegen der Basisdemokratie reicht bereits ein Veto, um den Text zu stoppen und eine solche Ablehnung als Meinung des Kollektivs nach außen zu vertreten. So legt z.B. in der GWR eine einzige Person (Künstlername: Lou Marin) seit Jahren ein prinzipielles Veto gegen Texte aus einer bestimmten anarchistischen Richtung ein. Dieses Verhalten wird wegen der informellen Macht dieser Person geduldet, obwohl es praktisch eine permanente Zensur bedeutet. Zensur ist hier korrekt, wenn sie basisdemokratisch zustande kommt. Die Ähnlichkeit mit dem Gewaltfreiheitsdogma, das ja in gleichen Kreisen hochgehalten wird, ist offensichtlich: Die Form ist entscheidend, der Inhalt weniger oder gar nicht.
- Das Projekt „Indymedia“ ist dort, wo privilegierte Zensurmöglichkeiten fehlen, eines der wenigen Medien, bei denen MacherInnen und NutzerInnen ähnliche Gestaltungsmöglichkeiten haben. Die sogenannten „Wikis“ im Netz sind Seiten, die von den BetrachterInnen ebenso verändert oder erweitert werden können wie von denen, die eine Internetseite anlegen. Beide Projekte sind tatsächlich hoch umkämpfte Räume, weil die GegnerInnen offener Systeme (in linken Bewegungen wie erst recht im Rest der Gesellschaft klar dominierend) selbige immer wieder bekämpfen oder dann, wenn das nicht geht, erhebliche Ressourcen einsetzen, um diese dann wenigstens zu dominieren. So werden bei Wikipedia fast alle Seiten zu führenden PolitikerInnen von deren MitarbeiterInnen ständig kontrolliert und Kritisches entfernt, inzwischen

⁰ Fallbeispiele unter www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/beispiele/wikipedia.html

hat Wikipedia zudem selbst ein umfangreiches Zensursystem aufgebaut, was vor allem auf politisch brisanten Seiten täglich zu spüren ist. Dass sie aber solche Kapazitäten investieren müssen, zeigt dass der Raum grundsätzlich offener ist als andere. Würde sich die Zahl offener Systeme vergrößern, wäre Kontrollwahn schnell am Ende.

Fazit

Demokratie und Anarchie unterscheiden sich in mehreren grundlegenden Punkten. Herrschaftsfrei ist nur die Abwesenheit von Regeln, deren Durchsetzung, kollektiver Identität, Einheitlichkeit und daher der Verzicht auf kollektive Entscheidungsfindung. Diese ist für Demokratie aber konstitutiv, d.h. nicht wegdenkbar. Und auch die vielgelobte direkte und die Basisdemokratie sind höchstens eine Methode, die Entscheidungsfindung aller für alle gleichberechtigter zu organisieren. Sie schaffen Kollektivität und kollektive Entscheidung aber nicht ab. Jenseits der Kritik im Detail, z.B. an Konsens, Vetorecht oder der Einteilung an „Innen“ und „Außen“, ist dieser Unterschied zwischen Abwesenheit aller Kollektivsubjekte (Anarchie) und einer nur anderen Organisation des Kollektivs (Basisdemokratie) zentral. Basisdemokratie schafft Vereinheitlichung. Das Argument, ein Vetorecht würde die abweichenden Meinungen stärken, ist irrig. Tatsächlich zwingt gerade das Vetorecht zu Annäherungen der Unterschiedlichkeit und Kompromissen, zur Aufgabe von Verschiedenartigkeit und Konflikten. Die Dynamik von Streit und Vielfalt wird verringert – stärker sogar als in der Mehrheitsdemokratie, wo Abstimmungsschlachten zwar ebenfalls am Ende eine formale Einheitlichkeit nach außen schaffen und Dominanzen fördern, aber die Minderheiten erkennbar bleiben, zumindest für die Unterlegenen als interne Opposition. Basisdemokratie hingegen hat die Tendenz, die Unterschiedlichkeit zu verschleiern und das „Wir“ zu stärken.

Eine anarchistische Gesellschaft wird nur entstehen, wenn Stück für Stück kollektive Entscheidungsfindung und ihre Durchsetzung aus der Gesellschaft verdrängt werden. Horizontalität aller Menschen, d.h. gleiche Handlungsmöglichkeiten und die Steuerung von Prozessen über freie Vereinbarung statt Entscheidungsfindung wären das Ziel. Konkrete Projekte wie Medien, alternative Lebensprojekte, Betriebe oder Lernorte von unten haben die Chance, Experimentierflächen zu sein für den Verzicht auf kollektive Regeln, Vorbedingungen oder Entscheidungsfindung. Dann wäre Anarchie nicht nur eine Werbephase, eben eine Mogelpackung für Basisdemokratie, sondern zumindest im Ziel der Versuch eines Ausganges auch der „Linken“ aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit, sprich: Der Unterwerfung unter die Kollektivsubjekte.

Konkrete Methoden des
Hierarchieabbaus: www.hierarchie.de.vu
Demokratiekritik: www.demokratie-total.de.vu
Herrschaftsfreie Utopien:
www.herrschaftsfrei.de.vu
Das passende
Buch zum Thema
Demokratie: www.aktionsversand.de.vu



Ein Text, ähnlich den Absätzen dieses Kapitels, wurde an Graswurzelrevolution (GWR) und Direkte Aktion (DA) geschickt mit der Bitte um Veröffentlichung. Beide lehnten ab.



Dokumentiert unter <http://de.indymedia.org//2005/11/133847.shtml>

Auszüge aus dem Begründungen. GWR:

... in Deinem Text steht u.a., „dass es anarchistische Zeitungen gar nicht gibt, auch wenn sich einige so nennen.“ Demnach gibt es also die anarchistische Monatszeitung Graswurzelrevolution gar nicht. Und da es uns nicht gibt, können wir Dir auch nicht antworten. Und diese Antwort ist wiederum nur eine Illusion. Denn uns gibt's ja gar nicht. Auch wenn Du demnächst behauptest, dass die Erde

eine Scheibe ist, würde das die GWR voraussichtlich nicht abdrucken, da es im GWR-HerausgeberInnenkreis einen Konsens gibt, dass die Erde rund ist, damit das Denken die Richtung wechseln kann. Zu Deinem Artikelangebot: Ich würde es mal so sagen, ‚eher positiv‘, weniger unter Umständen ‚ja‘, dabei dennoch nicht so eindeutig, wie ‚vielleicht‘. Alles klar? Na dann.

Der Text von „Direkte Aktion“:

In der DA würde ich ihn lieber nicht unterbringen, weil er da nicht reinpasst. Du hast schon recht: die DA ist keine anarchistische Zeitung, sondern eine anarchosyndikalistische. Sie versteht sich als Sprachrohr der Syndikate in der DA und nicht als anarchistische Diskussionszeitung. Wir haben in der FAU interne Diskussionsplattformen. Allerdings fokussiert sich die Diskussion bei uns auf andere Schwerpunkte, bei denen Deine Thesen z. T. sicher einer kritischen Würdigung wert sind und zur Hinterfragung der eigenen Haltung interessant sind.

Als Diskussionsgrundlage für eine neue Diskussion des Selbstverständnisses innerhalb der FAU finde ich ihn auch deshalb ungeeignet, weil wir uns bewusst anders organisiert haben, als einige grundsätzliche Forderungen von Dir es verlangen würden.

Zudem informierte die GWR auch andere Zeitungen über ihre Meinung – auffordernd, den Text auch dort abzulehnen. Offenbar war den BasisdemokratInnen wichtig, dass die abweichende Meinung ganz unterdrückt bleibt.

Anarchistische Kritik an Staat und Demokratie

Nun ist es nicht so, dass alle AnarchistInnen vergessen hätten, woran sie bei der Demokratie sind. Schon in alten, aber auch in einigen neueren Texten werden Abstimmungen und der demokratisch legitimierte Staat angegriffen.

Aus Mühsam, Erich (1933): „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, Nachdruck bei Syndikat A und im Internet (S. 25 f.)¹

Die Verneinung der Macht in der gesellschaftlichen Organisation ist das maßgebliche Wesensmerkmal der Anarchie, oder, um dieser verneinenden Erklärung die bejahende Form zu geben: der Anarchismus kämpft anstatt für irgendeine Form der Macht für die gesellschaftlich organisierte Selbstverfüng und Selbstentschließung der

¹ www.anarchismus.at/txt4/muehsam16.htm

Menschen. Unter Macht ist jede Inanspruchnahme oder Einräumung von Hoheitsbefugnissen zu verstehen, durch die die Menschen in regierende und regierte Gruppen getrennt werden. Hierbei spielt die Regierungsform nicht die geringste Rolle. Monarchie, Demokratie, Diktatur stellen als Staatsarten nur verschiedene Möglichkeiten im Verfahren der zentralistischen Menschenbeherrschung dar. Wenn die Demokratie sich darauf beruft, daß sie dem Volksganzen die Beteiligung an der öffentlichen Verwaltung mit gleichem Stimmrecht für alle gewährt, so ist daran zu erinnern, daß gleiches Stimmrecht nichts mit gleichem Recht zu tun hat und daß die Aussonderung von Abgeordneten eben die Beteiligung der Aussondernden an der Verwaltung verhindert und ihre Vertretung durch einander ablösende Machthaber bedeutet. ...

Die Macht des Staates ist aber gefährlicher als jede andere Macht, weil sie mit dem Anspruch auftritt, Ausdruck des allgemeinen Willens zu sein und die von ihr der Arbeit abgenommenen Reichtümer dem allgemeinen Nutzen zuzuführen. In Wahrheit dienen diese Reichtümer ausschließlich der Erhaltung des Staates selbst, das heißt der Macht der Obrigkeit, die die Ohnmacht der Regierten braucht.

Mühsams Kritik auch an der Demokratie wird heute nicht nur missachtet, sondern geradezu karikiert. Die Erich-Mühsam-Gesellschaft vergibt alle 2-3 Jahre einen nach dem Alt-Anarchisten benannten Preis.² Ihn erhalten durchweg pro-demokratische Organisationen, einmal sogar die autoritär-marxistischen bis stalinistischen Ideen zugelegte Junge Welt.

Aus Cantzen, Rolf (1995): „Weniger Staat – mehr Gesellschaft“, Trozdem-Verlag in Grafenau (S. 96)

Das »gesellschafts«-politische Ideal hieße nicht mehr »Demokratie« (Herrschaft des Volkes), sondern individuelle Selbstbestimmung und kooperative Selbstverwaltung. In diesem Sinne erhalte der auch häufig ideologisch mißbrauchte Ausspruch von der Demokratie als beste aller schlechten Staatsformen einen emanzipatorischen Inhalt.

Ebenso finden sich Forderungen und Vorschläge, dass eine Weiterentwicklung des Demokratischen nötig und möglich ist – sogar in Büchern, die im deutschsprachigen Raum für AnarchistInnen zu den vielgelesenen Werken gehören.

Stowasser, Horst (2007): „Anarchie!“, Nautilus Hamburg (S. 492 f.)

Heute herrschen viele im Namen einer Idee, die sich auf das ganze Volk beruft. Die »vielen Herrscher«, Polyarchen, betreiben als Abgeordnete, Minister, Regierungschefs ihr Verwaltungsgeschäft im Namen der Gesamtheit der »mündigen Wahlbürger«. Die eingeschränkte Herrschaft vieler im Namen aller nennen wir »Demokratie«. Sie bringt eine Stellvertreterverwaltung hervor.

Gemäß der anarchistischen Idee, die heute noch im Rang einer Utopie steht, herrscht morgen jeder über sich selbst oder, was dasselbe ist, niemand mehr über andere. Die Gesamtheit nicht-herrschender Menschen, Anarchen, betreiben als autonome Individuen ihre Verwaltungsgeschäfte in dezentralen Strukturen im Namen ihrer selbst. Herrschaft wird durch Selbstorganisation ersetzt, einen Zustand, den wir »Akratie« nennen. Sie würde Selbstverwaltung hervorbringen. Somit wäre ein gesellschaftlicher Zustand der Akratie mit der Organisationsstruktur Selbstverwaltung der für die Partizipation aller Menschen am weitesten fortgeschrittene Entwicklungszustand.

² www.erich-muehsam.de/?cat=empreis

Trotzdem: AnarchistInnen für die (verbesserte) Demokratie

Eigentlich also scheint es klar: „Die parlamentarische Demokratie mag die beste aller möglichen Regierungsformen sein – die anarchistische Parlamentarismuskritik richtet sich jedoch gegen die Zumutung, überhaupt regiert zu werden. Es geht dem Anarchismus nicht um eine alternative Regierung, sondern um Alternativen zur Regierung.“³ Das gilt im Kleinen wie im Großen. Doch die Wirklichkeit sieht ziemlich anders aus. Demokratie, selbst im Allgemeinen, also auf staatlicher Ebene, übt auch in anarchistischen Kreisen eine seltsame Anziehungskraft aus und wird zum Inbegriff des Guten – der menschlichen Art des Herrschens.

Aus Fotopoulos, Takis (2003): „Umfassende Demokratie“, Trotzdem in Grafenau (S. 248 ff.)

Ich denke, hier liegen zwei Problemkreise vor, die getrennt voneinander untersucht werden müssen, nämlich erstens die Frage, ob Demokratie immer noch „Herrschaft“ ist, und zweitens, wie Minderheiten, selbst Minderheiten, die nur aus einer Person bestehen, geschützt werden können. In bezug auf das erste Problem ist offensichtlich, dass diejenigen, die – wie wir in Kapitel 5 gesehen haben irrtümlich – annehmen, Demokratie bringe eine Form von „Herrschaft“ mit sich, die nicht-staatliche Form von Demokratie mit deren staatlichen Formen verwechseln. Dabei ignorieren die Libertären, die diesen Einwand gegen die Demokratie erheben, ganz einfach die Tatsache, dass in einer nicht-etatistischen Konzeption von Demokratie kein Konflikt zwischen der Demokratie und der Freiheit des sozialen Individuums besteht, weil alle sozialen Individuen in gleichem Maß an der Macht teilhaben und am Entscheidungsprozeß teilnehmen können. Außerdem weist Bookchin zu Recht darauf hin, dass die von diesen Kräften vorgeschlagene Alternative, nämlich der Konsens, „die individualistische Alternative zur Demokratie“ (Murray Bookchin, „The democratic dimension of anarchism“, Democracy and Nature, Vol. 3, Nr. 2 (1996)) ist – eine Alternative, die in Wirklichkeit so tut, als gebe es die individuelle Verschiedenartigkeit, die von der Demokratie angeblich unterdrückt wird, überhaupt nicht!

Interview mit dem Comic-Autor Jacques Tardi, in: Graswurzelrevolution 4/2007⁴

Das Interessante an der Pariser Commune ist der Entwurf einer Demokratie von Menschen für Menschen. Das war ein echter ArbeiterInnenaufstand.

Aus Sternstein, Wolfgang: „Die gewaltfreie Revolte gegen ‘Stuttgart 21’“, in: GWR Dez. 2010 (S. 7)⁵

Wer zivilen Ungehorsam leistet, dem geht es um die Verbesserung der Demokratie, nicht um ihre Zerstörung. Durch ihre Bereitschaft, Nachteile und Strafen hinzunehmen, bekunden sie ihren Respekt vor dem Recht als solchem und appellieren an die Regierung und die Parlamente, die angefochtenen Entscheidungen noch einmal zu überdenken.

3 Quelle: www.anarchismus.at/txt3/alternative.htm

4 www.graswurzel.net/318/tardi.shtml

5 www.graswurzel.net/354/s21.shtml

Als logische Konsequenz werden AnarchistInnen zum Fanblock der Demokratie – mit der Forderung zu deren Rettung oder Stärkung. Hand in Hand stehen sie mit dem bürgerlichen RechtsstaatsschützerInnen, träumen von Weltregierungen und anderen Führungsebenen, die das Gute darstellen, wenn sie nur ordentlich demokratisch ist.

Ralf Burnicki, „Die anarchistische Konsensdemokratie“, Transkription eines Videos von O. Ressler (aufgenommen in Bielefeld, Deutschland, 29 Min., 2005)

Demokratie ist nicht an ihrem denkbaren Ende, sondern nimmt gerade erst ihren Anfang.

Aus dem Entwurf der Gründungserklärung der Libertären – Basisdemokratien, in: Darwin Dante (1993): „5-Stunden sind genug“, Manneck Mainhattan Verlag in Frankfurt

In Übereinstimmung mit dem Grundgesetz der BRD und der Respektierung aller in diesem Staat bestehenden Rechte und Gesetze machen wir Libertären – Basisdemokraten es uns zur Aufgabe, die Vollendung der Demokratie zur Basisdemokratie vorzubereiten und durchzuführen. ... Als Mittel zur Umsetzung unserer Gesellschaftsvorstellungen wählen wir die Aufklärung, über die wir eine landesweite 3/4-Zustimmungsmehrheit in der Bevölkerung erreichen wollen. Allein über diese 3/4-Mehrheit wollen wir auf demokratischem Wege in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz eine Umgestaltung des Grundgesetzes durchsetzen. ...

Insbesondere soll die anarchistische Rätestruktur ein Sprachrohr für die in den Libertären – Basisdemokraten zusammengeschlossenen anarcho-syndikalistischen Verbindungen und Kooperativenverbände sein ...

Ein demokratisches mehrheitliches Mitbestimmungsrecht besitzt hier Vorrang vor jedem Eigentumsrecht an Produktionsmitteln und Lebensgütern ... Anarcho-Kommunismus und Demokratie gehören zusammen, ergänzen einander und können NIE miteinander im Widerspruch stehen!

Die Schüler bestimmen selbst ihre Wünsche und Anforderungen an IHR SCHULSYSTEM durch den Mehrheitsbeschluß der Schülervollversammlung ...

Aus einem Bericht über den G8-Gipfel-Protest 2007⁶ in der Jugendzeitung „Utopia“, Nr. 1/Herbst 2007⁷

Doch die Gewaltszenen beherrschten die Wahrnehmung in den Medien. Somit wurde der Protest für eine friedlichere, demokratischere, sozialere und ökologischere Welt von einigen wenigen Militanten und den Medien weniger glaubwürdig gemacht.

Geht wählen! Aufrufe und Konzepte für noch mehr Demokratie

Geht die Befürwortung der Demokratie noch in der allgemeinen Nebenligkeit anarchistischer „Theorien“ (das Wort ist meist schon eine Übertreibung) unter, so wird spätestens dann Absurdistan ganz betreten, wenn AnarchistInnen (und durchaus deren führende Vielredner) sogar das Wählen befürworten – sei es in romanhaften Utopien oder ganz

⁶ www.jugendzeitung.net/ausgaben/herbst-2007/gipfel-hinter-gittern/

⁷ Download über www.jugendzeitung.net

platt im laufenden Wahlkampf. So stand neben einem Werbeartikel zur Basisdemokratie in der „utopia“ im Mai 2009 (S. 2) gleich der Aufruf „Für ein Wahlrecht ohne Altersgrenze“ mit Angabe der Internetadresse „Ich-will-waehlen.de“ (!) und dem Satz, dass ausgerechnet das Nichtwählenkönnen schlimm sei: „Wenn Menschen aber aufgrund ihrer vermeintlich fehlenden Intelligenz das Recht auf politische Beteiligung aberkannt wird, ist das zutiefst undemokratisch.“

Aus Stehn, Jan (1995): „Eine Struktur für die Freiheit“
Libertäre Demokratie ... Anstelle von Regierungen und Parlamenten, die über fast alles entscheiden dürfen, treten Fachräte (z.B. Ökorat) mit klar begrenzten Aufgabenbereichen.
Dezentralisierung der politischen Strukturen, z.B. Konflikträte auf kommunaler Ebene, Kapitalräte auf Ebene von heutigen Bundesländern.
Machtteilung durch Parallelstrukturen, Minderheiten können eigenen Konfliktrat, eigenen Kapitalrat wählen.
Nicht nur Personen sondern auch ihr Programm wird gewählt und ist verbindliche Grundlage für die Arbeit der Räte.

Ralf Landmesser von A-Laden in Berlin im Werberundschreiben für den A-Kalenda am 18.7.2005:
Übrigens: geht um Bakunins Willen wählen! Denn wir wollen doch nicht die schwarze Pest wieder am Ruder der Titanic. Nie wieder Kohlsuppe und schon gar nicht mit Ferkel-Einlage! Fasenken wa den Kahn selba!! Ein Revolutiönchen gefällig? Bitte. Gerne. Wenn ihr das hinkriegt. Und wenn nich, dann wählt gefälligst. Is zwar nich ejal wer dran is, aber kaputt machen muß mensch den Staat trotzdem, ne, wegens die Menschlichkeit. Nur müssen wir ihm ja nich noch helfen UNS kaputtzumachen.

Offenbar aber hört das Denken nicht ganz auf. So blieb den ProtagonistInnen der Demokratie im A-Gewand doch nicht verborgen, dass es bereits demokratische Gesellschaften gibt und diese Menschen ausbeuten, Umwelt zerstören, Kriege führen und die gesamte Sammlung von altergebrachten und modernisierten Schrecken der Marken Patriarchat, Antisemitismus, Rassismus, Kapitalismus usw. in sich tragen. Statt daraus nun die Konsequenz zu ziehen, dass demokratische Bomben auch töten und deshalb nicht besser sind, wird verzweifelt versucht, die herrschende Demokratie als gar nicht richtige Demokratie zu definieren und zu einem Feldzug für die Verwirklichung endlich der wahren Volksherrschaft aufzurufen.

Text, gefunden auf einer Anarchie-Internetseite⁸
Viel schärfer als der autoritäre Kommunist erkennt und entlarvt der/die AnarchistIn die strukturellen Mängel der bürgerlichen „Demokratie“. Der Parlamentarismus hat mit Demokratie, also Volksherrschaft nichts zu tun.

Aus Grosche, Mona (2003): „Anarchismus und Syndikalismus in Deutschland“, Syndikat A in Moers (S. 7)
Dem Zentralismus des Staates setzen die AnarchistInnen die 'natürliche' Ordnung der Gesellschaft auf föderativer und freiwilliger Basis entgegen, in ihr wird die einzige wirkliche Form des demokratischen Zusammenlebens gesehen.

⁸ www.anarchismus.at/txf2/anarchie2.htm

Prinzipienerklärung der Bildungssyndikate in der FAU (Stand: 29.9.2003)⁹

Die parlamentarische Demokratie ist nur eine scheinbare Demokratie. Demokratie bedeutet ursprünglich „Volksherrschaft“. Parlamentarische „Demokratie“ äußert sich darin, dass die wahlberechtigten Bürgerinnen alle in Abständen die Wahl zwischen den verschiedenen Fraktionen der Herrschaft haben. Die gewählten Abgeordneten sind durch die Wähler nicht kontrollierbar. Daher ist die parlamentarische Demokratie nur eine Scheindemokratie. ... Jedes Land, das eine Regierung hat, ist ein vom Feind besetztes Land. Im Gegensatz dazu steht die „Direkte Demokratie“, in der jederzeit abwählbare, dem Volk gegenüber rechenschaftspflichtige Delegierte, die aus dem Volk kommen, die jeweils anstehenden Entscheidungen treffen.

Aus Colin Ward: „Anarchismus als Organisationstheorie“, dort zur Anarchie¹⁰

Man könnte meinen, dies sei eine Art idealisierte Vorstellung von der Demokratie. Wenn das zutrifft, ist sie aber weit von der Art der Demokratie entfernt, die wir kennen. Denn der Begriff der Demokratie im Sinne von Selbstregierung des Volkes ist seit langem durch ein Konzept ersetzt worden, das unter Demokratie den Wettkampf rivalisierender, sich aber ähnelnder Eliten um die Stimmen des Volkes versteht.

Aus Fotopoulos, Takis (2003): „Umfassende Demokratie“, Trotzdem in Grafenau (S. 427 ff.)

Politische Demokratie erfordert die Schaffung von Institutionen direkter Demokratie auf der politischen Ebene, so dass alle Entscheidungen von den demotischen Versammlungen getroffen werden, d.h. den örtlichen Bürgerversammlungen auf der Ebene des demos.

...
Wirtschaftliche Demokratie erfordert die Schaffung von Institutionen kollektiven Eigentums an den produktiven Ressourcen (d.h. den Quellen des gesellschaftlichen Reichtums) sowie kollektive Kontrolle über diese Institutionen durch die demotischen Versammlungen.

Aus FAU Stuttgart u.a.: „Libertäres Positionspapier zu S21“, in: GWR Dez. 2010 (S. 9)

Das ist nicht unser Verständnis von Demokratie – wir fordern hierarchielose Entscheidungsprozesse. VertreterInnen in Gremien und Räten sind somit nur mit einem imperativen Mandat auszustatten und an die Beschlüsse der „Basis“ gebunden. Alles andere führt zu Machtkonzentration, zu einer Entdemokratisierung und Klügelwirtschaft (sic!).

Linke, soziale Bewegung und Anarch@s für einen Ausbau der Demokratie unter www.projektwerkstatt.de/demokratie/mehr.html#a
Zum Fanblock der Demokratie: www.projektwerkstatt.de/demokratie/fanblock.html



Verwirrungen

Ganz so eindeutig rollt das Ganze aber nicht. Offenbar entspringt der positive Bezug auf eine irgendwie gute Demokratie bei gleichzeitiger Distanzierung von der real existierenden

⁹ www.fau.org/bsy/selbst.html

¹⁰ www.anarchismus.at/txt4/colinward.htm

Demokratie nicht einer Analyse gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse, sondern oft auch dem Bedürfnis, in der Mitte der Gesellschaft Anerkennung zu finden. Oder platter: Spenden. Denn wer sich als KritikerIn der Demokratie zeigt, hat im gut betuchten, spendenbereiten BildungsbürgerInnentum schlechte Karten.

Bizarr mutet dieser Spagat vor allem bei den gewaltfreien BasisdemokratInnen an, die in ihrer Eigenwahrnehmung anarchistisch fühlen und denken. Das zeigte eine interne Debatte um den Umgang mit der Staatsgewalt rund um die Stuttgart-21-Proteste 2010 und 2011. Auslöser war ein Gerichtsprozess gegen einige AktivistInnen, die nicht nur Protestlieder sangen und Schilder hochhielten, sondern einen Abrissbagger am Stuttgarter Hauptbahnhof bestiegen und dadurch blockierten. Ihren Protest gegen das dahinterstehende System setzten sie als Angeklagte im Gerichtssaal fort. Wolfgang Sternstein, Autor der Graswurzelrevolution und Urgestein der Gewaltfreienszene in Deutschland, riss das zu folgenden Bemerkungen hin: „Ich war vom Verhalten der angeklagten Aktivistin und einiger Zuhörer derart angewidert, dass ich nach einer Stunde den Gerichtssaal verließ. ... Da die Richterin aber offenbar der Meinung war, sie müsse die Gerichtsverhandlung durchziehen, hätte ich sie gewähren lassen, denn zum gewaltfreien Widerstand gehört der Respekt vor dem politischen Gegner, den Gerichten und der Polizei selbst dann, wenn wir uns weigern, den Anweisungen von Polizeibeamten Folge zu leisten. Auch sollte die Strafe, sofern sie nicht ganz unverhältnismäßig ist, klaglos hingenommen werden. Ungebührliches Betragen, Beleidigungen, Beschimpfungen, ganz zu schweigen von Gewalthandlungen gehören aber mit Sicherheit nicht zum gewaltfreien Widerstand.“¹¹ Doch damit nicht genug. Er setzte eine Grundsatzbemerkung pro Demokratie oben drauf: „Wer zivilen Ungehorsam leistet, dem geht es um die Verbesserung der Demokratie, nicht um ihre Zerstörung. Durch ihre Bereitschaft, Nachteile und Strafen hinzunehmen, bekunden sie ihren Respekt vor dem Recht als solchem und appellieren an die Regierung und die Parlamente, die angefochtenen Entscheidungen noch einmal zu überdenken.“¹²

Dem nun widersprach in der Sommerausgabe 2011 besaline und Lou Marin. Letzterer ist GWR-Herausgeber, im HerausgeberInnenkollektiv bekannt u.a. für Vetos und Zensur unerwünschter Texte und damit eine besonders prägende Person der GWR (zumal der langjährige Chefredakteur Bernd Drücke ähnliche Durchgriffsmethoden befürwortet und anwendet). Seine Entgegnung war selbst Ausdruck der Zerrissenheit, die entsteht, wenn mensch gleichzeitig gerne Anarchist und Fan der Demokratie sein will. In dieser Schizophrenie politischer Motivationen fordert Marin erst, die Demokratie sei „ein auf Gewalt gebautes System, das – gewaltfrei, aber gründlich – zerstört werden muss“, macht dann aber selbst wieder die Zweiteilung in gute und schlechte Demokratie auf mit einem vermeintlichen „Grundsatz direkt- und basisdemokratischer Gesellschaftsvorstellungen, der in eindeutigem Gegensatz steht zur parlamentarischen Demokratie“.

¹¹ Mail vom 4.5.2011: www.projektwerkstatt.de/gewalt/110503sternstein.rtf

¹² Quelle: GWR Dez. 2010 (S. 7), www.graswurzel.net/354/s21.shtml

Positiver Bezug auf das Volk

Wie mit dem Demokratiebegriff gehen viele AnarchistInnen auch sehr sorglos mit dem Begriff „Volk“ um. Offenbar steht auch bei ihnen dieser Begriff stumpfer, einheitlicher Masse für etwas Positives – als die Basis und damit das Gute von allem. Doch Volk ist eben nicht Bevölkerung. Es negiert die Unterschiedlichkeit und schafft eine Einheitlichkeit, die nicht existiert, sondern von den SprecherInnen des Volkes durch Vereinnahmung und Stellvertretung inszeniert wird. Wird überhaupt ein Argument genannt, was eigentlich die Unterscheidbarkeit eines Volkes von anderen herbeiführt, wird auf gemeinsame Geschichte, Abstammung, Sprache oder Heimat als verschwommener geografischer Lebensraum verwiesen. Doch diese Argumente sind blanker Unsinn. Gemeinsame Geschichte gibt es für die meisten „Völker“ nicht, denn die modernen Zuschnitte ändern sich laufend vor allem als Folge von Streit und Krieg. Das mit der Abstammung mag zwar angesichts der Neigung von Menschen, innerhalb bestehender sozialer Gruppen zu verharren, stimmen, stellt aber erstens keine Eigenart dar und würde zweitens Ostfriesen und Allgäuer mehr voneinander trennen als Letztere von ihrer Nachbarregion am anderen Bodenseeufer. Bei der Sprache gibt es mit der Schweiz ein prägnantes Gegenbeispiel, denn schließlich bildet ausgerechnet ein Viersprachenstaat die festgefügteste Nation in Mitteleuropa. Heimat als geografischer Raum, der die darin wohnenden Menschen prägen soll, ist nicht nur unsinnig angesichts der hohen Mobilität, sondern auch die auffälligste Blut- und Bodenlogik, die im Gedanken an die Existenz von „Völkern“ prinzipiell steckt. Mit Vielfalt, einer Welt, in der viele Welten Platz haben, offenen Systemen, Autonomie und Selbstentfaltung der Einzelnen sowie freier Kooperation hat die Idee von „Volk“ nichts gemeinsam. Dennoch schaffen es AnarchistInnen, sich positiv auf dieses Konstrukt zu beziehen.

Aus Grosche, Mona (2003): „Anarchismus und Syndikalismus in Deutschland“, Syndikat A in Moers (S. 7/8)

Eine wahre Volkssouveränität kann für den Anarchismus nur heißen: Keine Regierung und keine Regierten mehr.

Mühsam, Erich: „Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat“, zitiert in: Grosche, Monika (2003): „Anarchismus und Revolution“, Syndikat A in Moers (S. 19)

(Zum Staat) Er ist zentraler Ausführungsdienst einer vom Volk gelösten Klasse zur Beherrschung des entrechteten und zur beherrschten Klasse erniedrigten Volkes.

Aussage von Bakunin, zitiert in: Grosche, Monika (2003): „Anarchismus und Revolution“, Syndikat A in Moers (S. 42 ff.)

Die arme Klasse, welche das eigentliche Volk bildet ...

Die Volksmassen sind zu Opfern stets bereit, bilden eine Macht und sind deshalb so brutal, wild und entschlossen, Heldentaten zu vollbringen (...), weil sie, die wenig oder gar nichts besitzen, nicht vom Besitzstreben verdorben sind. ...

Die besten Männer der bürgerlichen Welt von Geburt und nicht aus Überzeugung und Ehrgeiz, können nur unter einer Bedingung nützlich sein, daß sie im Volk aufgehen, in der Sache, die nur das Volk betrifft.

Aus dem Text „Parlamentarismus vs. Basisdemokratie“¹³

Aus der Sicht der AnarchistInnen ist schon das Wort Demokratie eine Zumutung. Demokratie heißt Volksherrschaft. Herrscht aber irgendwo das Volk? Natürlich nicht. ... Genau genommen ist das Wort Demokratie theoretischer Unsinn: Wenn das Volk alle sind, und das Volk herrscht, über wen herrscht es dann? Jeder über jeden? Keiner über keinen? Demokratie, radikal verstanden, käme der Anarchie, Akratie, also Herrschaftslosigkeit gleich.



Was ist das Volk? Antworten und mehr Zitate unter www.projektwerkstatt.de/demokratie/volk.html

Es existieren weitere Texte, in denen zwar der Begriff „Volk“ vermieden wird, aber ähnliche Behauptungen von der Existenz eines einheitlichen Willens aufgestellt

werden. Verschleiern wird von diesem Gemeinwillen gesprochen oder eine Politik gefordert, die den offenbar feststellbaren einheitlichen „Interessen der Bevölkerung“ dienen soll.

Ralf Burnicki, „Die anarchistische Konsensdemokratie“, Transkription eines Videos von O. Ressler (aufgenommen in Bielefeld, Deutschland, 29 Min., 2005)

Wir haben es also mit einer Kritik am Staate zu tun, die gerade das einfordert, was Demokratie ebenso einfordert, nämlich die Interessen der Bevölkerung zum Mittelpunkt der Politik zu machen.

In ganz schwachen Stunden entstehen sogar anarchistische Utopien und Ideen, in denen Parlamente und der Staat weiterhin existieren. Hier zeigt sich das ausgeprägte Gutmenschentum in Teilen deutschsprachiger AnarchistInnen, die damit eine bemerkenswerte Nähe zu bürgerlichen Kreisen aufweisen, die bei sogenannten gewaltfreien Aktionen (Sitzblockaden, Menschenketten usw.) auch praktisch wird. Anarchie wird dann zu einem Schmelztiegel von Wohlfühlreformen innerhalb der bestehenden Hierarchien. Doch die Konzepte für die irgendwie bessere Opposition, schlauer durchgeführte Wahlen, das Denken in Minderheit und Mehrheit, Vertretung und Abstimmungen ist nichts anderes als das Vokabular der Demokratie – und zwar sogar der ganz üblichen, repräsentativen.

Aus Stehn, Jan (1997): „Manjana. Ideen für eine anarchistische Gesellschaft“

Jedes Projekt, das statt auf Staatsgelder auf einen Förderkreis solidarischer UnterstützerInnen baut, ist auch eine 'Demonstration' gegen den Staat. ... Jeder soll über die Verwendung, von sagen wir bis zu 10000 DM seiner Steuermittel im Jahr selbst entscheiden. ... Viele Entscheidungen in den Vereinen sind delegiert an Arbeitsausschüsse und gewählte Vereinräte. ... (S. 11)

Alle GenossInnen sind gleichberechtigte Eigentümer ihrer Genossenschaft und entscheiden demokratisch über die Grundsätze der Kreditvergabe. (S. 15)

Fiktives Interview mit Menschen, die schon in der zukünftigen Utopie leben (im gleichen Heft, S. 24 ff.)

Frage: Und wer kontrolliert, ob ihr eure Macht in diesem Sinne nutzt?

Erika: Vor allem die Opposition, die von den Gruppen gebildet

¹³ www.anarchismus.at/txt4/parlamentarismus6.htm

wird, die bei der Wahl zum Kapitalrat in der Minderheit blieben. Ihre Vertreter können an allen Sitzungen des Kapitalrates teilnehmen.

Sozialer Organismus

Alles ist steigerbar. Manche denken die Gesellschaft als Organismus. Klingt irgendwie toll – harmonisch, natürlich. Rudolf Steiner hat die Welt immer so beschrieben. Doch was ist ein Organismus? Der Begriff beschreibt ein System, in dem alle Teile eine bestimmte, vorgegebene Rolle spielen. Das alles voneinander abhängig und nichts ohne das andere überleben kann (jedenfalls im Großen und Ganzen), klingt irgendwie nett – hat aber mit einem analytischen Blick auf Herrschaftsverhältnisse nichts zu tun. Denn dass es GefängniswärterInnen ohne Gefangene nicht gäbe, beendet doch die Hierarchie unter ihnen nicht. Organismus ist das Bild feststehender Rollen. Das Leben ist in vorgegebene Tätigkeiten gepresst. Noch dazu ist der Organismus hierarchisch aufgebaut. Die Milz bestimmt eben nicht den Takt des Herzens oder das Anspannen des Bizeps-Muskels. Eine zentrale Verdrahtung steuert das Gesamte einschließlich der Kooperation der Teile. Dass das Gehirn die Teile braucht, um den Laden und sich selbst am Laufen zu halten, ändert an diesen Feststellungen nicht. Die Regierung braucht das Volk auch – gleichberechtigt werden sie dadurch nicht.

Gesellschaft als Organismus schafft das gleiche Bild wie soziale Anleihen z.B. aus den Abläufen im Ameisenstaat, wo alle Beteiligten kraft Geburt ihre Rolle einnehmen. Oder – für StarTrek-Fans – der Borg als kollektiver Organismus. Anti-emanzipatorischer ist kaum möglich.

Aus Grosche, Monika (2003): „Anarchismus und Revolution“, Syndikat A in Moers (S. 18)

Die anarchistische Gesellschaft baut sich im Räteprinzip basisdemokratisch – „von unten nach oben“ – auf. Auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Freiwilligkeit bilden Gesellschaft und Individuum einen untrennbaren Organismus. In diesem Organismus wird sowohl dem natürlichen Freiheitswillen, als auch dem Bedürfnis nach Geselligkeit des Menschen entsprochen, er bildet die einzig wirkliche Form des demokratischen Zusammenlebens.

Anarchie gleich Basisdemokratie?

Die allgemeine Bejahung der Demokratie ist nicht prägend für deutschsprachige AnarchistInnen. Viele haben dazu gar keine Meinung. Auch der Hang, „demokratisch“ und „gut“ gleichzusetzen, dürfte eher einer fehlenden Herrschaftsanalyse und der gedankenlosen Übernahme gesellschaftlicher Diskurse folgen als einer reflektierten Überzeugung.

Anders sieht das bei der Befürwortung der Basisdemokratie aus. Zwar sind auch hier massive Theoriedefizite unübersehbar, denn auch die Schriften über Sinn und Zweck von Basisdemokratie im Allgemeinen oder bestimmter Formen wie dem Konsens im Besonderen weisen umfangreiche Leerstellen und Blindflecke auf. Dazu gehört die Problema-

tik der Frageformulierung vor Abstimmungen und die Definition von Innen und Außen in der Abstimmungsgemeinschaft. Dennoch ist die Befürwortung der Basisdemokratie eine bewusste Entscheidung. Sie wird gegen Kritik von Außen verteidigt und als ideologischer Kern der eigenen Überzeugung offensiv propagiert. Zählt mensch die überwiegend theorielosen Lebensabschnitts- und Lifestyle-Anarch@s nicht mit, so lässt sich sagen, dass fast alle deutschsprachigen AnarchistInnen eigentlich BasisdemokratInnen sind. Für sie ist das aber kein Widerspruch, weil sie annehmen, beides sei nicht nur verbindbar, sondern sogar dasselbe.

Abb.: Ankündigung in der Graswurzelrevolution Mai 2007 (S. 20)

**3.5., 20 Uhr, AJZ, Bielefeld:
FAU-Kneipe & Anarchistische
Konsensdemokratie**

Aus der Jugendzeitung

„Utopia“, Nr. 1/Herbst 2007, a.a.O.

Um niemanden zu unterdrücken, zu misshandeln oder zu diskriminieren werden Beschlüsse möglichst im Konsens gefasst. Das heißt, dass ein Vorschlag nicht umgesetzt wird, wenn auch nur ein einziger oder eine einzige gegen diesen Vorschlag ist.

AnarchistInnen fordern eine Basisdemokratie, weil man nicht, wie in einer parlamentarischen Demokratie jemanden für vier Jahre wählen will, sondern einem Vertreter oder einer Vertreterin nur solange die Stimme leihen will, bis man mit seiner oder ihrer Arbeit nicht mehr zufrieden ist. Das kann jeden Tag der Fall sein. Dadurch wird die Basis, also die Wähler und Wählerinnen einer Gemeinschaft, gestärkt und es kann nicht dazu kommen, dass Politiker und Politikerinnen Gesetze machen, mit denen die Bevölkerung nicht einverstanden ist.

Aus der Jugendzeitung „Utopia“ im Mai 2009 (S. 2)¹⁴

Die Basisdemokratie ist nur eine von vielen Demokratieformen. Sie zählt zu den Formen der direkten Demokratie. ...

Eine Möglichkeit für die Bevölkerung eines Landes, das politische Geschehen direkt zu beeinflussen, sind beispielsweise Volksbegehren. Mittlerweile werden auch Überlegungen angestellt, ob und wie mensch das Internet zugunsten der Demokratie einsetzen kann. Vielleicht werden in Zukunft politische Entscheidungen online getroffen.

Aus Fuchs, Christian (2001): Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus, Libri Books on Demand, Norderstedt (Quelle)

Partizipatorische Basisdemokratie, alle Betroffenen entscheiden alles, das sie betrifft – so könnte ein Ideal des Anarchismus formuliert werden.

Aus dem Selbstverständnis¹⁵ der sich gleichzeitig basisdemokratisch und anarchistisch bezeichnenden Zeitung 'Graswurzelrevolution' *Basisdemokratische und föderalistische Organisationsformen, die die Verantwortung der Einzelnen und Gruppen nicht einschränken und etwa einer Mehrheit unterordnen, können die Tendenzen der Professionalisierung, der Führerherrschaft, der Bürokratisierung und der Anpassung an vorgegebene Strukturen, denen Gruppen immer unterliegen, kontrollieren und eindämmen.*

¹⁴ www.jugendzeitung.net/wirtschaft-und-soziales/was-ist-eigentlich-basisdemokratie/

¹⁵ www.graswurzel.net/ueberuns/thesen.shtml

Aus „Anarchismus 2.0“, in: *Contraste* 2/2010 (S. 7)

Anarchafeminismus steht für ... den Aufbau basisdemokratischer Strukturen sowie das Bemühen, Entscheidungen im Konsens zu treffen ...

Ralf Burnicki, „Die anarchistische Konsensdemokratie“, a.a.O.

Heute ist es bei Mülltransporten und Castor-Entlagerungen der Fall, dass die betroffene Bevölkerung vor Ort keinerlei Vetorecht hat. Sie hat kein Recht, in irgendeiner Weise diese Entscheidungen der Regierung zu verunmöglichen, obwohl sie vor Ort regional sehr stark betroffen ist von etwaigen Folgen einer radioaktiven Verseuchung oder Unfällen. In einer anarchistischen Konsensdemokratie wären solche Entscheidungen nicht möglich, weil sie jederzeit von den Betroffenen verunmöglicht werden könnten, da die Betroffenen in diesem Falle schlicht ihr Veto einlegen würden. Wie das Konsensprinzip im Einzelnen funktioniert, lässt sich grob an drei Elementen zeigen: Es gibt eine Zusammenkunft von Betroffenen, also von denjenigen, die von einer Entscheidung irgendeine Folge haben. Es gibt dann die Möglichkeit, eine Entscheidungsfindung, die als Vorschlag ansteht, entweder mit einem Veto abzulehnen, oder die Entscheidung mitzutragen. Letzteres bedeutet, das betrifft mich jetzt, aber ich kann die Folgen ohne große Auswirkungen für mich hinnehmen, z.B. weil ich diesen ganzen Ablauf nicht aufhalten will und in dem Ablauf selbst einen Sinn sehe. Das Ideal stellt hingegen ein Konsens dar, also eine allseitige Zustimmung und Einwilligung in eine Entscheidungsfindung oder Entscheidungsperspektive.

Text und Streit um Anarchie und Basisdemokratie: www.de.indymedia.org/2005/11/133847.shtml.
Diskussionstext auf trend online: www.trend.infopartisan.net/trd1205/t061205.html



Wer die Befürwortung von Basisdemokratie weiterdenkt, muss auch Gremien der Durchsetzung befürworten. Und tatsächlich treten viele AnarchistInnen, wenn sie über gesellschaftliche Strukturen schreiben, für Machtausübung und Normierung ein. Das steht zwar der Idee von Anarchie entgegen, folgt aber völlig logisch und widerspruchsfrei aus der Befürwortung einheitlicher Kollektive und vereinheitlichender Abstimmungen.

Aus der Jugendzeitung „Utopia“, Nr. 1/Herbst 2007, a.a.O.

Stattdessen wollen Anarchisten und Anarchistinnen selber gemeinsam beraten, welche Regeln es in einer Gemeinschaft geben soll, wie man mit Leuten umgeht, die sich nicht daran halten und wie man zusammen, also kollektiv, die Sachen herstellt, die man zum Leben braucht.

Aus Darwin Dante (1993): „Prinzipien einer herrschaftsfreien Gesellschaft“, a.a.O.

Zur Durchsetzung des Mehrheitswillens darf es auf keinen Fall zur Schaffung eines institutionalisierten befehlsempfangenden Gewaltapparates (z.B. als stehende Polizei) kommen, da ein solcher Gewaltapparat immer gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung (zur Durchsetzung des Willens einzelner) entarten wird. Das Recht auf Gewaltanwendung muß immer bei den Bewohnern eines Landes belassen werden und direkt bei denen bleiben, die durch ihren Mehrheitswillen das Recht bestimmen.

Das Ganze ist nur ein kleiner Einblick. Da die Neigung vieler AnarchistInnen, zur Durchsetzung ihrer Ideen ausgerechnet auf Kontrolle zu setzen, in besonderer Weise das Denken der Beteiligten karikiert, ist dem ein Extrakapitel (siehe später) gewidmet. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass trotz der Neigung selbst von AnarchistInnen zu Kontrolle und Verregelung diese Strömung noch harmlos ist.

Marxistische oder bürgerliche Linke neigen zu geradezu ekstatischen Wünschen brutaler Repression gegen ihre politischen GegnerInnen. Für DemokratInnen gilt das ohnehin.



„Linke“ pro
Repression: [www.
projektwerkstatt.
de/zitate/z__
prorepression.html](http://www.projektwerkstatt.de/zitate/z__prorepression.html)

Antifaschismus als Deck-
mantel für autoritäre Poli-
tik: [www.projektwerkstatt.
de/antirepression/
pro__repression.html](http://www.projektwerkstatt.de/antirepression/pro__repression.html)

Anarchie gleich Direkt-Demokratie?

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Direkt-Demokratie, wobei dieser Begriff noch unklarer ist und zumindest in zwei

große Gruppen zerfällt. Die einen meinen damit die demokratische Entscheidungshoheit der direkt Beteiligten oder Betroffenen, die anderen beziehen den Begriff „direkt“ auf die unvermittelte Entscheidungsfindung, also ohne zwischengeschaltete Gremien z.B. in Volksabstimmungen. Die zentralen Merkmale der Demokratie aber bleiben bei beiden: Der „demos“ als konstruierte Grundeinheit und die Regelung der als gemeinsam inszenierten Belange über ein Abstimmungswesen, das Einheitlichkeit und Erstarrung schafft.

In den vermeintlich anarchistischen Entwürfen zu Basis- oder direkter Demokratie werden Knackpunkte wie Abgrenzung von Innen und Außen, Formulierung der Entscheidungsfrage usw. nur oberflächlich oder gar nicht behandelt.

Am Fallbeispiel lässt sich das schnell erörtern: Für den Konflikt um Stuttgart 21 wurde im Herbst 2010 eine Volksabstimmung gefordert. Das klang gut und vor allem enorm demokratisch. Folglich wurde die Idee gerade vom gutgläubigen BürgerInnentum unterstützt, das von SPD/Grünen bis zu den ihnen nahestehenden gewaltfreien AnarchistInnen reichte. Doch wer genau hätte die Abstimmungsgemeinschaft sein sollen? Alle in Stuttgart? Baden-Württemberg? Deutschland? Vielleicht noch die Menschen in Ulm, aber nicht mehr in Neu-Ulm? Oder in Paris, Wien und Budapest, da es doch um deren tolle Zugverbindung ging? Inhaltlich besser begründbar wäre wahrscheinlich eine Auswahl nach Betroffenheit gegangen – aber wie die abgrenzen?

Am Ende gab es eine rein pragmatisch orientierte Lösung, nämlich die Orientierung an Verwaltungsgrenzen, die zu ganz anderen Zwecken bzw. aus historischen Zufällen heraus bestand und nun als Grenzlinie zwischen Innen und Außen des „demos“ zur Volksabstimmung über Stuttgart 21 erhalten musste. Dass die parlamentarische Entscheidungsebene noch problematischer war und ebenfalls auf einem solchen willkürlichen „demos“ beruht, macht die Sache mit der willkür-

lichen Grenzziehung nicht besser. Erst recht rettet es nicht vor dem Desaster, dass gerade die Abstimmung den S21-KritikerInnen eine bittere Niederlage bescherte. Es war die zweite große, selbstverschuldete Pleite nach der Geißler-Vermittlung. In beiden Fällen jammerten nachher genau die, die selbst die Ursache des Desasters waren – mit ihrer irrationalen Befürwortung kollektiver Abstimmungsprozesse. Lernen werden die AnarchistInnen (bzw. die, die sich für so etwas halten) daraus sicher nicht – zu tief sitzt die Befürwortung der vermeintlich guten Sache „Demokratie“.

Aus Ralf Burnicki (1998): „Anarchie als Direkt-Demokratie“, Syndikat A in Moers (S. 9f.)

„Demokratie“ ist ein Begriff, der aus dem Griechischen kommt und übersetzt „Volksherrschaft“ heißt. Ich interpretiere dies als Selbstherrschaft des ‚Volkes‘, oder – um den Begriff der ‚Herrschaft‘ zu vermeiden – als ‚Volks‘-Selbstbestimmung. Direkte Demokratie meint also die unmittelbare ‚Volks‘-Selbstbestimmung. ...

Wer ist das „Volk“? Die Antwort ist einfach. Dies sind alle Leute, die von einer Politik betroffen sind, egal, welche Sprache, Religion, Hautfarbe oder Ohrenggröße sie haben. ... direktdemokratische Selbstverwaltung gründet auf den Prinzipien der freien Vereinbarung ...

Die Herrschaft haust in unseren Köpfen. Wenn wir Direktdemokratie jedoch mit „Volk“-Selbstbestimmung übersetzen, kommen wir gut weiter. ... Anarchie heißt Herrschaftslosigkeit. Die Umsetzung von Herrschaftslosigkeit bedeutet Direktdemokratie. Das, was Anarchie beinhaltet, ihr Gegenstand also, ist Direktdemokratie. Direktdemokratie bedeutet, daß sich die Menschen – ohne Eliten zu bilden – selbst organisieren. ... Anarchismus ist ein Aufruf zur direktdemokratischen Selbstregulierung aller Menschen.

Buchwerbung auf Wikipedia (Stichwort Anarchie)¹⁶

Ralf Burnicki: Anarchie als Direktdemokratie – Hier geht es um den wichtigsten Aspekt des Anarchismus, das Streben nach Direktdemokratie. Verlag: Syndikat A

Aus Fuchs, Christian (2001) Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus, Libri Books on Demand, Norderstedt¹⁷

Im Anarchismus wird eine Vorstellung von Demokratie als Repräsentativdemokratie abgelehnt, da dies die Verwaltung einer Mehrheit durch eine Minderheit bedeute, also die Herrschaft von gewählten RepräsentantInnen, die im Parlament Entscheidungen treffen, über das Volk. Nichtsdestotrotz gibt es Ansätze, die Anarchie als Demokratie begreifen. Demokratie nicht im Sinne einer Repräsentationsherrschaft, sondern im Sinn einer unmittelbaren, direkten Selbstbestimmung von Entscheidungen durch die Betroffenen. Die bürgerliche Demokratie koppelt dazu im Gegensatz stehend Entscheidung von den Betroffenen ab.

„Demokratie“ kommt von den Wörter „demos“ (Volk) und „kratein“ (herrschen, Macht ausüben) und bedeutet damit eigentlich „Volksherrschaft“. Herrschaft wird aber über jemanden ausgeübt. Damit wären eine Vereinbarung von Demokratie und Selbstorganisation also geradezu ausgeschlossen. Wird allerdings Demokratie als die Möglichkeit und Macht des Volkes, sämtliche Entscheidungen selbst

¹⁶ <http://de.wikipedia.org/wiki/Anarchie>

¹⁷ www.anarchismus.at/txt4/fuchs1.htm

zu treffen, gesehen oder als „Volks-Selbstbestimmung“ (Burnicki 1998, S. 9), so kann Anarchie sehr wohl als direkte Form der Demokratie bezeichnet werden. ... Damit ist der Zusammenhang Anarchismus – Demokratie – Selbstorganisation hergestellt, es bedarf aber noch einer genaueren Untersuchung, inwiefern dieses Verständnis von Selbstorganisation mit einem Konzept sozialer Selbstorganisation vereinbar ist.

Im Gegensatz zu einem unreflektierten und undialektischen Verständnis von Demokratie, das die Dialektik von Allgemeinem und Besonderem gewisser Begriffe vernachlässigt, erscheint die anarchistische Philosophie bei näherer Analyse als eine eigenständige Konzeption von Demokratie. ...

Moderne Staatswesen seien daher weniger Demokratien im Sinn der unmittelbaren Volksselbstbestimmung in allen gesellschaftlichen Belangen als oligarchische Systeme. AnarchistInnen wie Murray Bookchin sehen den Anarchismus als die Form tatsächlicher Demokratie, da es hier keine Entmündigung des Volkes durch die Wahl von RepräsentantInnen und die Entkopplung der Entscheidungsfindung von den Menschen, die mit den einmal getroffenen Entscheidungen leben müssen, gäbe (vgl. z.B. Bookchin 1992, 1996).

Aus Bookchin, Murray (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 173 f.)

Also ist eine Politik erst dann demokratisch legitimiert, wenn sie direkt durch die Menschen vorgeschlagen, diskutiert und entschieden worden ist – und nicht durch Stellvertreter oder Surrogate, gleich welcher Art. ...

Unter modernen logistischen Bedingungen kann kein Notfall so dringend sein, daß Versammlungen nicht rechtzeitig einberufen werden könnten, um wichtige politische Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluß zu fällen und die entsprechenden Gremien mit ihrer Durchführung zu beauftragen, ganz gleich wie groß die Gemeinschaft oder wie komplex das Problem ist. Stets werden Experten bereitstehen, um für speziellere Probleme der Gemeinschaft ihre Lösungen anzubieten – möglichst sogar mehrere konkurrierende, um die Diskussion anzuregen.

Aus der Prinzipienerklärung der Bildungssyndikate in der FAU (Stand: 29.9.2003)¹⁸

Deshalb organisieren wir uns schon heute auf der Grundlage prinzipiell gleicher Rechte und Pflichten fuer alle, nach dem Prinzip der direkten Demokratie.



Seite zu direkter Demokratie: www.projektwerkstatt.de/demokratie/dir_demo.html (auch als Kapitel im Buch „Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung“)

Konsensdemokratie

Bleibt noch eine Steigerung einerseits der Formalisierung und andererseits der Bedeutungszunahme zentralisierter Abstimmungsprozesse: Der Konsens. Es ist oft ein gut gemeintes Instrument, leben doch die meisten AnhängerInnen der Konsenskultur im

Glauben, durch die damit verbundenen Vetorechte würde Gleichberechtigung erreicht oder zumindest gestärkt. Allerdings: Sie irren – und das wissen die Eliten der Konsensdemokratie, die Akzeptanz oder Hang

¹⁸ www.fau.org/bsy/selbst.html

zum Konsens eiskalt als Waffe einsetzen, ihre eigene Hegemonie zu festigen. Konsens bedeutet nämlich mindestens viererlei:

- Es stärkt das Innen und Außen, denn gerade wegen des Vetorechts aller Beteiligten muss genau darauf geachtet werden, wer abstimmungsberechtigt ist und wer nicht. Denn nur die nicht dem Abstimmungskollektiv abgehörenden Personen haben kein Vetorecht. Ausgrenzungen unerwünschter oder oppositioneller Personen haben also einen formalen Zusatznutzen.
- Konsens stärkt das „Wir“, zum einen durch die scheinbare Einheitlichkeit der Meinungen, zum anderen über den gefühlsintensiven Prozess der Meinungsbildung. Der Moment des Zustandekommens von Konsens trägt religiöse Züge. Er erscheint nicht als einfache Mischung aus Zustimmung, Tolerierung, angernertem Abwenden und angewidertem Verzicht auf Protest, sondern als höhere Verkündung des Einigenden als Einhauchen von Gemeinschaftlichkeit, die angeblich Stärke verleiht.
- Ein einmal gefasster (oder behaupteter) Konsens ist strukturkonservativ, weil die Änderung des Status Quo der Einstimmigkeit bedarf, nicht hingegeben die Beibehaltung (und sei die noch so daneben ...). Gerade deshalb ist eine Konsensdemokratie starr und das Gegenteil der offenen, dynamischen Systeme freier Vereinbarung, die für eine gelebte Anarchie typisch wären.
- Die Orientierung aller Aufmerksamkeit auf den Abstimmungsprozess verschleiern die wirklichen Machtpunkte, u.a. das Stellen der Frage für den Konsens, die Behauptung der Notwendigkeit einer gemeinsamen Entscheidung und der vermeintlichen Betroffenheit aller usw. Hier öffnen sich erhebliche informelle Steuerungsmöglichkeiten durch dominante Personen oder Eliten.

Grundlegende Kritik am Konsens

Politische, psychologische und strategische Probleme belasten jede Konsenskultur. Starrheit und klare Grenzziehung zwischen Innen und Außen vermindert oder verhindert Dynamik, Offenheit und eine Welt, in der viele Welten Platz haben. Der hohe Aufwand und die bei einem Veto auftretende starke Personenzentrierung fördern eine Vorsichtshaltung schon im Kopf der Beteiligten. Vorgeschlagen wird nur, was konsensfähig erscheint – Experimentierfreude, Kreativität und Abweichung werden unterdrückt. Weniger gilt das für die schon bestehenden Eliten, die gewohnheitsmäßig im Mittelpunkt stehen. Für sie schafft die Inszenierung „Veto“ nur dann, wenn sie sonst eher verdeckt agieren.

Tucholsky, Kurt: „Die Verteidigung des Vaterlandes“. In: Die Weltbühne. 06.10.1921 (S. 338f.)

Nichts ist schwerer und erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und zu sagen: Nein!

Burkhard Keimburg (1989): Konsensprinzip in der Kommune, in: Trafik Nr. 2/1989, (S. 29ff.)

Kreativität blüht nur in konsensfreien Räumen oder im kleinen Rahmen, wie zum Beispiel in den verschiedenen Arbeitsbereichen.

Aus: Jens Herrmann (2001): „Politische Gemeinschaften, Teil 7“, in: Der Rabe Ralf, August 2001 (S. 22)

Auch in Kommunen selbst gibt es seit langem eine Diskussion um das „Konsensprinzip“. Exemplarisch dafür sind die Erfahrungen eines Kommunarden aus Niederkaufungen. Er verweist auf offene Fragen bezüglich der Ausgestaltung des Konsensprinzips. So sei weder klar, ob das Aussprechen eines Vetos bedeute, daß nun weiterdiskutiert werden müsse, oder ob damit die Entscheidung feststehe. Auch was passieren soll, wenn zwei sich gegenseitig ausschließende Meinungen vertreten werden und es zu keiner Einigung käme, oder was Verantwortung im Zusammenhang von Konsens heiße, sei letztlich nicht klar. Nach seinen Erfahrungen verhält sich das Konsensprinzip eher konservativ: „Dadurch daß Experimente extrem angstbesetzt sind und niemand Lust hat, sich durch einen Neuerungsvorschlag unnötig zu verschleißen, werden viele Ideen schon im Vorfeld verworfen.“ Zudem bedeute die Entscheidung im Konsens meist, daß die Lösung dann der kleinste gemeinsame Nenner werde. Neues Engagement werde immer von irgendwem mißtrauisch beäugt, was schnell dazu führe, daß KommunardInnen, die etwas Alternatives einbringen oder machen wollen, sich eher zurückhalten, in der Erwartung, daß es ohnehin nicht durchsetzbar wäre. ... Ein neues Modell, das die Niederkaufunger Kommune ausprobieren, sei die Dezentralisierung von Entscheidungen in Kleingruppen.

Auszug aus Len Fisher (2010): „Schwarmintelligenz“, Eichborn in Frankfurt (S. 85 f.)

Wenn der Druck der Gruppe so groß wird, dass ihre Angehörigen der »Selbsttäuschung, der erzwungenen Konsensbildung und dem Konformismus« erliegen, dann spricht man von Gruppendenke. Die einzelnen Mitglieder der Gruppe werden dazu gebracht, sich einer gemeinsamen Position anzuschließen und unter allen Umständen an ihr festzuhalten. Das kann sogar in Wahnvorstellungen münden: Die Angehörigen der Gruppe bügeln jedes noch so offensichtliche Gegenargument ab, klammern sich an wirklichkeitsfremde Überzeugungen und werden »Opfer einer kollektiven Selbstüberschätzung und Betriebsblindheit«.

Martin Wilke auf seiner Konsenskritik-Seite¹⁹

Konsensprinzip führt zur Abschottung der Gruppe, zumindest stärker als Mehrheitsentscheidung.

Verschiedene Meinungen aus der mehrheits-basisdemokratischen Sudbury Valley School²⁰

Ich habe mich genötigt gefühlt, mehr als eine Gruppe zu verlassen, weil ich mich unwohl fühlte und mir das Gefühl gegeben wurde, unerwünscht zu sein, als ich es ablehnte, Dingen zuzustimmen, die ich für falsch hielt. In einer gewöhnlichen, nach parlamentarischen Regeln ablaufenden Versammlung, wird mir nie das Recht verweigert, meine Abneigung zum Ausdruck zu bringen, meine Meinung, daß die Mehrheit unrecht hat, beizubehalten und mich dennoch dem Mehrheitswillen unterzuordnen. ... Ich persönlich finde, daß Konsens eine sehr subtile, heimtückische Form der Nötigung ist. ... Ich fühle mich sehr unwohl bei dem Gedanken, daß man versucht, die ganze Gruppe dazu zu bringen, auf die selbe Weise denken. Warum sollen wir alle immer einer Meinung sein? Was ist mit der

¹⁹ www.martinwilke.de/konsenskritik.htm, dortige Kurzkritik am Konsens unter www.martinwilke.de/konsens__kompakt.html.

²⁰ Zitiert nach: www.martinwilke.de/konsenskritik.htm

Wertschätzung von Verschiedenheit? Es ist eine großartige Sache, wenn Leute verschiedener Meinung sind und doch zusammenarbeiten können – das ist eine wirklich starke Gemeinschaft.

Darüber hinaus weisen Konsensverfahren methodische Schwächen auf, die nur – aber immerhin – teilweise behoben werden können.

Die Methode des Konsens

Im Konsens (lateinisch Gemeinsinn) ist eine Entscheidung dann ergangen, wenn alle an ihr Beteiligten diese tragen. In kleinen Gruppen werden Entscheidungen oft durch einfaches miteinander Reden im Konsens getroffen, zur Findung eines Konsens in großen Gruppen gibt es Konsensabstimmungsverfahren. Dabei gibt es kein komplett einheitliches Vorgehen, aber deutliche Ähnlichkeiten.

So ist typisch, die Abstimmung über einen zur Abstimmung stehenden und günstigstenfalls ausdiskutierten Vorschlag in sogenannten „Konsensstufen“ abzufragen. Jede Person kann ihre Stimme in eine dieser Stufen geben. Üblich sind vier. Die erste lautet „ich stimme vorbehaltlos zu“, die zweite „ich stimme mit Vorbehalten zu“. Als drittes gibt es eine Nein-Stimme ohne Sperrwirkung, also: „Ich stimme nicht zu, kann den Vorschlag aber akzeptieren und werde wahrscheinlich nichts zu dessen Umsetzung beitragen“ (z.B. bei einer Aktion nicht mitmachen). Die vierte Stufe ist dann das, was den Konsens zu etwas Besonderem macht: das Veto.

Unklarheiten herrschen mitunter, wann ein Vorschlag als angenommen gilt. Einige achten nur auf das Veto. Andere kombinieren ausbleibendes Veto mit einer Mehrheit an Befürwortung, d.h. ein Vorschlag ist dann angenommen, wenn die Summe der Stimmen zu Stufe eins und zwei die Stimmen der Stufe drei überwiegt – und kein Veto eingelegt wurde. Wird ein Konsensvorschlag abgelehnt, so gilt weiter, was bisher galt. Das schafft eine Menge Probleme und Möglichkeiten der verdeckten Steuerung. Denn:

- Alternativabstimmungen sind im Konsensverfahren kaum möglich. Das ist besonders bei Fragestellungen schwierig, bei denen bisher nichts gilt, eine alte Regelung Sinn oder Gültigkeit verloren hat oder (weitgehende) Einigkeit besteht, dass eine neue Entscheidung her soll. Außerdem wird oft nur zu einem Vorschlag abgestimmt. Welcher das ist, lässt sich in der Regel mit geringem Aufwand unauffällig arrangieren. Tatsächlich könnten oft mehrere Vorschläge einen Konsens erreichen. Durch die Abstimmung setzt sich aber nur der erstgenannte Vorschlag durch.
- Ein Konsens beendet eine Debatte und blockiert zumindest mental die Weiterentwicklung in der Sache. Denn die Aufhebung eines Konsens ist nur im Konsens möglich. Die gleichen Menschen, die zuvor etwas beschlossen bzw. sich zumindest nicht energisch gegen etwas gewehrt haben, müssten jetzt, wieder im Konsens, d.h. alle, die Sache aufheben. Außerdem lässt die Erinnerung an die Zähigkeit von Konsensprozessen den einmal geschlossenen Kon-

sens als unverrückbar erscheinen. Konsens bremst somit Entwicklung, Selbstentfaltung und bedeutet immer ein kleines Ende der Geschichte. Das ist sogar gewollt. Laut seinen VerfechterInnen „ist er im guten Sinne konservativ: Konsens verhindert abrupte Übergänge und dass Altes nicht von heute auf morgen über Bord geworfen wird. Dadurch werden organische, gesündere Übergänge gefördert“.²¹

- Angesichts der Stärke des Vetos kommt der Fragestellung eine besondere Bedeutung zu. Ständig erkennbar wird das bei der Ausgrenzung unerwünschter Personen oder Themen. Ein Veto bedeutet das Ende des nicht Gewollten, wenn die Frage lautet: „Darf XY teilnehmen?“ oder „Kann das und das stattfinden?“ Würde die Frage andersherum gestellt, nämlich z.B. „Wollen wir XY ausschließen?“, hätte das eine Veto gar keine Bedeutung mehr, würde zu einer banalen Ja-Stimme, während plötzlich das andersherum argumentierende Veto den Ausschlag gibt. Angesichts dieser entscheidenden Bedeutung des Stellens der Frage ist wenig überraschend, dass die jeweiligen Eliten oder dominanten Personen in Gruppen und Treffen hierauf ihr Hauptaugenmerk legen und die Formulierung der Fragestellung sowie die Wahl des ersten abzustimmenden Vorschlags (falls es mehrere gibt) keiner offenen Diskussion überlassen.

Ein Sonderfall ist das Gegenveto – eine mit der Vetologik eigentlich nicht zu vereinbarende Methode, die Wirkung eines Vetos wieder in Frage zu stellen. Dabei wird, kommt es zu einem Veto, ein abstraktes Veto gegen das Nichtzustandekommen eines Beschlusses (bzw. gegen das Weitermachen ohne Beschluss) eingelegt. Auf solche Ideen kommen auch hier vor allem die Bewegungseliten selbst, die mit dem Prinzip Konsens ihre Machtspiele betreiben. Ein abenteuerliches Beispiel bot die Frage bei Xtausendmalquer, ob ein einschleimender Flyer an die Polizei verteilt werden sollte oder nicht (siehe unten).

- Neben dem Veto lassen sich Abstimmungen auch auf andere Weise leicht manipulieren, etwa durch taktisches Redeverhalten, Antrag auf Schluss der Redeliste, nachdem sich fünf Personen der gleichen Meinung gemeldet haben usw. Das alles geschieht bei Mehrheit wie bei Konsens. Aber genau deshalb ist das Konsensverfahren ja keine wirkliche Alternative, wenn es um emanzipatorische Fortschritte geht.

Wie bei Mehrheitsentscheidungen blenden Konsensverfahren regelmäßig die Frage aus, ob überhaupt eine Entscheidung (aller) sinnvoll ist. Solches wäre nur dann der Fall, wenn alle von einer Entscheidung betroffen und an ihr interessiert sind, es also nicht möglich ist, dass verschiedene Gruppen einfach neben- oder nach freier Vereinbarung miteinander Verschiedenes tun, ohne dass andere sich in ihren Handlungen eingeschränkt fühlen. Fallen Entscheidungen darüber hinaus, hat Konsens mit Entscheidungsfindung von unten nicht zu tun, sondern ist

²¹ „Gewaltfrei aktiv“ Nr. 23/Mai 2004 (S. 2)

im Gegenteil ein repressives Instrument, alle oder einen mehr oder weniger sinnvoll abgegrenzten Kreis zur Beschlussfassung über bestimmte Fragen zu bringen. Das beinhaltet Intoleranz gegenüber Minderheiten oder unterlegenen Teilen. Auf sie wird Druck ausgeübt, sich zumindest hinsichtlich des Abstimmungsbedürfnisses der Mehrheit oder Eliten anzuschließen, um einen Konsens zu erzielen, der dann auch ihre Gruppenidentität darstellt. Werden Konsensverfahren so angewendet, sind sie oft sogar problematischer als Mehrheitsentscheidungen, in denen die Minderheit bzw. unterlegene Gruppe als solche bestehen bleiben kann und sich wenigstens weiter als Opposition begreifen kann.

Um einen fairen Konsens erzielen zu können, müsste folglich zunächst ein Konsens darüber bestehen, ob überhaupt ein gemeinsamer Beschluss (dann durch Konsens) angestrebt werden soll. Das kann nur in freier Vereinbarung geschehen. Der übliche Zwang zu Versammlungen, Gremien oder Plena prägt bereits vorab in Richtung Zentralisierung und weg von einer Welt, in der viele Welten Platz haben. Dadurch werden die Möglichkeiten einer Entscheidungsfindung von unten stark eingegrenzt – schon bevor es überhaupt in die Abstimmung geht. Das ist nicht durch die Verherrlichung bestimmter Verfahren zu heilen.

Zum Abstimmungsverfahren

Konsensverfahren werden auf vielen Aktionsvorbereitungen, Kongressen oder Camps gewohnheitsmäßig angewendet. Das geht einher mit einer seltsamen Aufladung des Plenums als Ort der Konsensrituale. Dort wird entschieden, auch wenn keine Abstimmung aller nötig wäre. Darin unterscheidet sich Konsens kaum von Mehrheitsabstimmungen. Bei Beiden ist gleichermaßen entscheidend, ob eine Mehrheit dafür stimmt oder nicht (es sei denn, bei Konsens ist nicht einmal das nötig; das schafft dann aber nicht mehr Vielfalt, sondern macht die Minderheit auch formal zur dominanten Gruppe). Das Einlegen eines Vetos, beim Konsensverfahren immer als wichtiger Pluspunkt für das Verfahren behauptet, ist in der Praxis ziemlich schwierig, weil hier der/die Einzelne meist unter erheblichem Druck steht, sich der Mehrheit zu beugen statt eine Entscheidung zu blockieren. Begünstigt wird das durch den großen Unterschied zwischen Stufe drei und Veto. Während Stufe drei einer Akzeptanz der Mehrheitsmeinung gleichkommt und die Minderheit wirkungslos macht, wirkt das Veto durchschlagend. Es ist wegen der herausgehobenen Position, in die sich die Veto-Person begibt, wenig überraschend, dass es eher die Platzhirsche und Leitwölfe sind, die – neben ihrer informellen Macht – auch das Veto am schnellsten einsetzen, wenn es aus ihrer Sicht nötig ist.

Neben den weiteren, oben genannten Problemen wirkt Konsens – wie alle Abstimmungsverfahren – als Schlag gegen Vielfalt und Organisation von unten, wenn es mit zentraler Entscheidungsfindung verbunden ist. Das wäre dann anders, wenn Konsens in einer organisierten Vielfalt Anwendung findet, d.h. jeweils nur die Menschen verbindet, die sich gerade beteiligen wollen – und die anderen auch nicht ungefragt dem Beschluss unterwirft. Die Existenz eines „Plenums“ mit der Anma-

ßung, für etwas Gesamtes zu sprechen und zu entscheiden, ist in Kombination mit Konsens eine besonders stark hegemoniale Struktur.

Die Probleme, die mit der Idee des Konsens zusammenhängen, können nicht beseitigt, aber immerhin gemindert werden.

- Vor jeder Abstimmung im Konsens muss geklärt werden (im Konsens), ob eine Abstimmung aller überhaupt erwünscht ist oder nicht, d.h. lieber z.B. zwei Gruppen unterschiedliche Aktionen machen. Zudem sollte vorher und separat das Abstimmungsverfahren geklärt werden.
- Manipulationsmöglichkeiten bei Konsensverfahren müssen transparent gemacht werden. Das trifft besonders auf die Formulierung der Frage und auf den Trick des Gegenvetos zu. Zu Letzterem wäre vorteilhaft, wenn vorher überprüft wird, ob alle Anwesenden ein mögliches Veto überhaupt hinnehmen würden – sonst wäre es nichts als platte Propaganda der Gleichberechtigung. Zur Fragestellung gibt es Verfahren, aus denen die Abstimmungsvorschläge entstehen. Gut geeignet ist die Blitzlichtrunde, weil hier Vorschläge und Kompromisse offen von allen geäußert werden können. Anderenfalls ist es wichtig, dass Vorschläge und Kompromisse in kleineren Gruppen erarbeitet werden, die allen zugänglich sind, um zu vermeiden, dass nur Vorschläge von Leuten gemacht werden können, die sich trauen im Plenum zu reden. Konsensverfahren sind in größeren Gruppen umständlich, aber da wo ein Konsens unbedingt nötig ist (z.B. in konkreten Aktionsgruppen) eine naheliegende Entscheidungsfindungsmethode.
- Die abschreckende Wirkung der Folgen, ein Veto einzulegen, müssen gemildert werden. Hier könnte eine fünfte Stufe zwischen Akzeptanz und Veto eingeführt werden, die als „Passt mir noch nicht! Nochmal beraten!“ gewertet wird und zur Folge hätte, dass zumindest einmal zwischen denen die etwas wollen und denen, die das ablehnen, ein neuer Kompromiss gesucht wird.
- Um den konservativen Zug des Konsensverfahrens aufzubrechen, empfiehlt sich eine Vorklärung, ob der Status Quo noch auf Zustimmung nach Konsenslogik trifft. Gilt das nicht, darf der Status Quo nicht per Vetorecht gestärkt werden können, sondern es müssen Alternativen diskutiert werden. Statt dogmatisch auf Konsensverfahren zu bestehen oder diese wie ein Naturgesetz als gegeben anzusehen, sollten sich alle Beteiligten auch mit anderen Abstimmungsverfahren wie Mehrheit oder Losen²² auseinandersetzen, um aus verschiedenen Möglichkeiten frei wählen zu können. Eine Einigung, dass im Falle bestehenbleibender Meinungsunterschiede nicht der Status Quo überlebt, sondern das Los entscheidet, kann Machtspiele begrenzen.

²² Siehe www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/reader/reader/abstimmung.html

Der Konsens als Waffe – Beispiele politischer Konkurrenzkämpfe

Es ließen sich unendlich viele Beispiele des Machtmissbrauch bzw. – besonders häufig – der gezielten Gestaltung von Entscheidungsabläufen benennen. Das Beharren auf Basisdemokratie und Konsens hilft Eliten, die definieren können, wie eine Frage zu stellen ist oder was der Ausgangszustand ist, der bei Einlegung eines Vetos weiter gelten würde.

Beispiel Attac: Elite handelt, Basis muss Konsens finden zum Gegenhalten

Ein krasses Beispiel, wie ausgenutzt werden kann, dass die Vorentscheidungen der Führungspersonen als Ausgangslage gelten, geschah Anfang 2003 im selbsternannten „Netzwerk neuen Typs“, Attac. Deren Führungskader, verschleiernd „Koordinierungskreis“ genannt, erstellte zusammen mit Gewerkschaften ein Papier und unterzeichnete es. Das Papier stieß auf Missfallen fast aller Basisgruppen. Doch die Unterschrift wurde trotz einer überwältigenden Mehrheit von ca. 80% der Anwesenden auf der dafür zuständigen Versammlung nicht zurückgezogen. Der Trick der Oberen: Für die Rücknahme (und nicht für das Unterschreiben) sei ein Konsens nötig. Das Einzige, was diesem Fall zugute gehalten werden kann, ist, dass er auffiel. Meist gehen die MachtpolitikerInnen des Konsens geschickter vor. So fand die Konsenskultur sogar in den eigenen Reihen öffentliche Kritik.

Aus einem Text von Oliver Moldenhauer, Attac-KoKreis, 17.11.2004:
Die massiven Probleme des unkritisch angewandten Konsensprinzips, sind kaum im Bewusstsein. Deshalb möchte ich hier die wichtigsten Nachteile aufzählen.

1. *Konsens hat strukturkonservative Auswirkungen. Im Zweifelsfalle bleibt immer alles so wie es ist. Daher wird wahrscheinlich auch die jetzt angestoßene Strukturdebatte keine oder nur sehr minimale Ergebnisse in Beschlussform zeigen.*
2. *Gruppen mit Konsensentscheidungen können sich gegen solche mit effizienteren Entscheidungsverfahren nur schwer durchsetzen: Das gilt z.B. für das Zusammenspiel von NGOs und Attac-AGs oder von Büro und Kokreis.*
3. *Konsens führt tendenziell zu Entscheidungen in kleinen Gruppen, Konsensfindungsgruppen fällen auf den Ratschlägen die eigentlichen Entscheidungen.*
4. *Kontrolle der Leitungsgremien ist stark erschwert: Wie kann ein Ratschlag einen Beschluss gegen den Kokreises durchsetzen, z.B. um ihn zu kritisieren, wenn der Kokreis selber Veto-Player ist?*
5. *Bei Konsensentscheidungen sind machtpolitisch nur die Leute relevant, die potentiell Vetos einlegen. Dies sind deutlich überproportional ältere Männer und wesentlich weniger z.B. junge Frauen.*
6. *Entscheidungen, z.B. in Gruppenkonflikten werden nicht getroffen; am Ende verlassen gerade diejenigen die Gruppe, die an effektiver Arbeit interessiert sind.*
7. *Die Mächtigsten sind diejenigen, denen am wenigsten am Projekt liegt und die daher sagen können „Dann passiert eben gar nichts.“*

Beispiel X-tausendmal quer

Die Kampagne zählt zu den TrommlerInnen pro Konsens. Dafür wird offensiv geworben und suggeriert, dass Konsens Hierarchie abbaue – ja sogar Hierarchiefreiheit schaffen könne.

Aus der „Übereinkunft“ (später: „Aktionskonsens“)²³ der Aktion X-tausendmal quer (wird von allen Beteiligten per Selbstverpflichtungserklärung angenommen – quasi der „Eid“, auf den sich die festlegen, die ihre Teilnahme ankündigen):

In unserer Zusammenarbeit versuchen wir, hierarchiefreie Strukturen zur Anwendung zu bringen. D.h. wir werden nicht nach dem Mehrheitsprinzip, sondern nach dem Konsensprinzip entscheiden und uns untereinander so weit wie möglich absprechen.

Widersprüchlich ist die weitere Formulierung, alles solle „überschaubar“ sein, aber gleichzeitig „selbstbestimmt“:

Wir werden uns bemühen, die Situation während unserer Aktion überschaubar zu gestalten, damit alle Beteiligten gute Bedingungen für ein selbstbestimmtes Handeln haben.

Die Realität sieht anders aus. X-tausendmal quer und ähnliche Kampagnen haben Gewicht. Ihre Stimme wird in den Medien gehört und ihr Ruf verspricht hohe Spendeneinnahmen. In der Folge tummeln sich Bewegungseliten in ihnen, die versuchen, die Kampagne zu ihrem Spielball zu machen. Konkurrenz ist da nicht erwünscht, sondern Geschlossenheit. Diese wird dabei auch gezielt über Verdummung erreicht. So legte der in vielen Anti-Atom-Bereichen selbst und mit Unterstützung etlicher Konsens- und ModerationsexpertInnen dominante Jochen Stay bei einem Sommercamp trotz der dort wenig zugespitzten Aktionssituation ein Veto gegen einen Arbeitskreis ein, der Wissen hätte vermitteln sollen, wie Kleingruppen durch Gleisblockaden den Atom-mülltransport stoppen können. Stay setzt auf Einheit. Den eigenen MitläuferInnen die Möglichkeit entziehen zu wollen, selbst zu handeln, zeigt sein besonderes Verständnis für die Erkenntnis von Albert Einstein: „Um ein tadelloses Mitglied einer Schafherde sein zu können, muß man vor allem ein Schaf sein.“

Berichte von A. und C., die sich an einer Sitzblockade von X-tausendmal quer am AKW Brokdorf beteiligt haben (Abb.: Ausschnitte aus dem umstrittenen Flyer):

1) A.: *Es wurden vorher die Plenumsregeln festgelegt und so definiert, dass jede mit ihrem Veto die Aktion oder einen Teil der Aktion stoppen kann. In diesem konkreten Fall ging es um einen Flyer, also einen Teil der Aktion.*

C.: *Die Plenumsregeln (z.B.: genau 1 DelegierteR je Bezugsgruppe) sind m.E. von einer Elite (den X1000-CheckerInnen) vorgegeben, gelten aber dadurch als von der „Basis“*



²³ www.x-tausendmalquer.de/index.php?id=117

Unsere Bitte an Sie

- › Bewahren Sie die Verhältnismäßigkeit der Mittel gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die hier gewaltfrei auf der Straße sitzen.
- › Bemühen Sie sich, die Situation überschaubar zu halten und unnötige Hektik zu vermeiden.

abgesegnet, dass keine_r widerspricht. Und das Widersprechen ist schwierig, weil mensch sich dadurch in eine Außenseiterstellung bringt und sich dem Vorwurf aussetzen könnte, er/sie lehne das

Prinzip der Basisdemokratie ab. Mir fällt dabei die Analogie vom „deutschen Volk“ ein, das sich selbst das GG als Verfassung gegeben hat, indem es die Parteien gewählt hat, die es geschrieben haben (es konnte auch gar nicht anders, denn man kann ja nichts anderes als Parteien wählen – nicht abgegebene und ungültige Stimmen sowie nicht wahlberechtigte Personen zählen ja nicht und werden ignoriert).

Aber genau da sehe ich einen Ansatzpunkt: Die verordnete Plenumsordnung nicht stillschweigend zu akzeptieren, sondern gleich zu Beginn ein Veto gegen die Regel, dass nicht bei Bedarf mehrere Personen aus einer Bezugsgruppe im SprecherInnenrat sitzen dürfen (wenn sie das als wichtig empfinden), einlegen – oder sich einfach ohne Worte trotzdem dazu setzen. Da hätte bestimmt niemand widersprochen (hat in Strassbourg zum NATO-Geburtstag auch nicht) und Du, A., wurdest ja nachträglich explizit in den SprecherInnenrat eingeladen.

2) A.: C. und ich waren nicht einverstanden mit dem Flyer, den Formulierungen und dessen Verteilung.

C.: Einer der Punkte, warum ich nicht mit dem Flyer einverstanden bin, ist die Aufforderung an die Polizei, „verhältnismäßig“ (wer auch immer „verhältnismäßig“ definiert) zu handeln. Ich möchte nicht verhältnismäßig, sondern gar nicht von der Polizei aus dem Weg geräumt werden. Das allein wäre nicht schlimm – ich hätte den Flyer schlicht nicht verteilt – wenn ich nicht durch die konsequente „Wir“-Rhetorik und das X1000-Label als Teil einer vermeintlich homogenen Menschenmasse dargestellt würde, die gerne verhältnismäßig von der Straße geräumt werden wolle. Außerdem fühlen sich durch das „Wir“ möglicherweise Menschen unter Druck gesetzt, die (aus welchen Gründen auch immer) die Blockade vorzeitig verlassen möchten und die explizite „Erlaubnis“ dazu auf dem SprecherInnenrat nicht mitbekommen haben.

3) A.: Im Plenum war erst nur C. anwesend, da das ein SprecherInnenrat war und somit nicht die ganze Gruppe dort sein sollte. Er legte unser Veto bezüglich des Flyers ein. Hieraufhin wurde ich dann gesucht und vollkommen unvorbereitet (überrumpelt) hinzugezogen und sollte dazu Stellung nehmen vor dem ganzen Plenum. Ich bin nun nicht gerade der extrovertierteste Mensch ... Dementsprechend hab ich da auch nicht unbedingt die passenden Worte gefunden. Es gab ein Gegenveto, ich glaube von den MacherInnen des Flyers, die nicht an der Aktion teilnehmen wollten, wenn ihr Flyer nicht verteilt werden sollte. „Entweder die machen nicht mit, oder wir machen nicht mit, oder die ziehen ihren Einwand zurück (und wir haben ja schon vorher organisiert, d.h. lasst das mal)“. Auf uns wurde so ein diskutiert und Druck ausgeübt, dass wir in dem Moment quasi nur die Klappe halten konnten und „zum Wohle der Aktion“ eine Art „wenns denn unbedingt sein muss“ sagen mussten.

Hinterher fielen mir natürlich auch wieder die ganzen Argumente und so ein und vor allem wie ich mich weiter hätte verteidigen können, aber in dem überrumpelten Zustand ging das nicht.

C.: Dass mensch mit einem Veto oder beleidigte Leberwürste mit ei-

nem Gegenveto eine Aktion komplett kippen können, ist mit einem enormen psychischen Druck auf die einzelne Person verbunden. Das halte ich nicht für unumstößlich – ich finde, dass diese Sackgasse durch das „Wir“-Dogma erst künstlich geschaffen wird. Dabei kann der Dissens doch z.B. durch das Stattfinden mehrerer paralleler Aktionen mit unterschiedlichen Aktionskonsensen aufgelöst werden, z.B. hätte es eine dogmatischere Blockade von den Gegenveto-Leutis mit Wir-Flyern am einen AKW-Tor geben können und eine individualistischere Blockade von den Veto-Leutis ohne diese „Wir“-Vereinnahmung am anderen Tor. So ähnlich läuft's ja auch im Wendland und wäre es wohl auch gelaufen, wenn das etwas radikalere Block-Brokdorf-Camp nicht abgesagt worden wäre. Das Risiko, mit den „Nicht-Gewaltfreien“ in eine Schublade gesteckt zu werden, wird doch von den Gewaltfrei-Sekten z.T. selbst herbeibeschworen – durch die „Wir“-Rhetorik stecken sie ja selbst alle Aktionsteilnehmers in die „Wir“-Schublade.

4) A.: Positiv war, dass uns von einzelnen Personen gesagt wurde, dass sie unseren 'Mut' toll fanden diesen Einwand zu bringen und dass sie sich da 'nächstes mal' mit den Formulierungen der Flyer noch mehr Gedanken machen wollen.

C.: Wirklich positiv ist es eigentlich nicht, dass 'Mut' dazu gehört, von seinem formalen Vetorecht Gebrauch zu machen. Aber auch ich habe das Lob ermutigend empfunden.

Beispiel Stuttgart 21

Die ständig nach Hegemonie und Bevormundung strebenden Bürgerlich-Gewaltfreien redeten einen „Aktionskonsens“ herbei, der allerdings nie (wie es bei einem „Konsens“ ja nötig wäre) von allen irgendwo beschlossen worden war. Er wurde inszeniert als Meinung aller – so wie Kanzlerin Merkel die Meinung der Deutschen vertritt oder RichterInnen ihre Privatansicht oder die Interessen der Herrschenden „im Namen des Volkes“ preisgeben. Immer wird die vermeintlich gemeinsame Meinung durch die Verkündung erst geschaffen. So auch der Aktionskonsens. Ist er aber erst einmal als Diskurs in die Welt gebracht, lässt er sich als Waffe gegen Andersdenkende einsetzen.

Das geschah mehrfach, so unter anderem durch den immer wieder vermeintliche Konsense und Definitionen verkündenden Graswurzelrevolutionsautor Wolfgang Sternstein gegenüber der Aktionskletterin Cecile Lecomte und ihrer offensiven Prozessführung vor Gericht. Er forderte offen die Unterwerfung unter den Aktionskonsens.²⁴ Abweichung sei nicht akzeptabel.

Graswurzelrevolution-Autor Wolfgang Sternstein in einer Polemik gegen offensive Gerichtsprozesse am 3.5.2011²⁵

Da die Richterin aber offenbar der Meinung war, sie müsse die Gerichtsverhandlung durchziehen, hätte ich sie gewähren lassen, denn zum gewaltfreien Widerstand gehört der Respekt vor dem politischen Gegner, den Gerichten und der Polizei selbst dann, wenn wir uns weigern, den Anweisungen von Polizeibeamten Folge zu leisten.

²⁴ www.bei-abriss-aufstand.de/aktionskonsens/

²⁵ Text im Anhang einer Mail am 4.5.2011

(www.projektwerkstatt.de/gewalt/110503sternstein.rtf)

Auch sollte die Strafe, sofern sie nicht ganz unverhältnismäßig ist, klaglos hingenommen werden. Ungebührliches Betragen, Beleidigungen, Beschimpfungen, ganz zu schweigen von Gewalthandlungen gehören aber mit Sicherheit nicht zum gewaltfreien Widerstand. Sie schwächen unsere Widerstandsbewegung und ich glaube nicht, dass die Angeklagten das wollen.

Aus diesem Grund möchte ich an unseren Aktionskonsens erinnern und einen Abschnitt daraus zitieren: „Bei unseren Aktionen des zivilen Ungehorsams sind wir gewaltfrei und achten auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Unabhängig von Meinung und Funktion respektieren wir unser Gegenüber. Insbesondere ist die Polizei nicht unser Gegner. Bei polizeilichen Maßnahmen werden wir besonnen und ohne Gewalt handeln.“ Es wäre gut, wenn wir uns auch künftig an diesen Aktionskonsens halten würden.

Mit seiner Interpretation, das Konsens eine Art Regel für alle bedeute – auch wenn den nicht alle beschlossenen hatten –, war Sternstein nicht allein.

Aus Herrmann, Matthias: „Der Knigge für Parkschützer und S21-Gegner heißt ‘Aktionskonsens’“ auf einem Stuttgart-21-Blog²⁶ Wir nutzen alle gewaltfreien Mittel, um Stuttgart 21 zu verhindern, so steht es im Aktionskonsens. Es ist die Stärke unserer Bewegung, sich in aller Konsequenz gegen Stuttgart 21 einzusetzen und gleichzeitig die Gewaltfreiheit ernst zu nehmen. Schuhe auf Politiker oder ihre Leibwächter zu werfen gehört nicht zu den gewaltfreien Mitteln! Und sei es auch „nur“ eine leichte Schlappe.

Und, ganz pragmatisch betrachtet, der geworfene Schuh hat den großen Nachteil, dass er sehr wenig Aussage transportiert. Er verrät weder dem getroffenen Leibwächter noch dem vermutlich gemeinten Ministerpräsidenten, was er tun soll. Herr Kretschmann weiß jetzt, dass wir mit seiner Arbeit als Ministerpräsident unzufrieden sind. Dafür braucht es aber keinen geworfenen Schuh; wenn er unseren Unmut nicht aus den Pfiffen erkennen kann, ist ihm ohnehin nicht zu helfen. Die vielen treffenden Schilder verraten ihm schon mehr, um was es uns geht. Mit einem guten Plakat kann man ausdrücken, was genau uns an unserem Ministerpräsidenten stört oder besser noch, was wir von ihm erwarten – auch wenn das alles selbstverständlich sein sollte. Es ist besser, präzise und konkret formuliert zu sagen bzw. zu schreiben, was man will.

Noch wirkungsvoller dürfte es sein, das gute alte Briefpapier auszuwickeln und unserem Ministerpräsidenten und allen seinen grünen Parteifreunden zu schreiben, was Sache ist. Auch wenn es ein bisschen Aufwand ist und man keine sinnvolle Antwort bekommt – ster Tropfen höhlt den Stein. Ideen und Formulierungen können Sie z.B. aus der Parkschützer-Rede vom 14.1. abschreiben. Übrigens, Herr Kretschmann soll nicht zurücktreten, sondern er soll seine Arbeit tun: Er soll dafür sorgen, dass die Bahn ihre Hausaufgaben macht statt unsere Stadt zu zerstören.

Unabhängig davon enthielt der Stuttgarter Aktionskonsens einen bemerkenswerten Widerspruch: „Bei unseren Aktionen des Zivilen Ungehorsams sind wir gewaltfrei und achten auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel.“ Einerseits wird hier eine Abwägung im Einzelfall gefordert („Verhältnismäßigkeit“), andererseits darf bei dieser nicht herauskom-

²⁶ www.bei-abriss-aufstand.de/2012/01/15/der-knigge-fur-parkschuetzer-und-s21-gegner-heist-aktionskonsens/

men, dass Gewalt angemessen wäre. Von Abwägung aber kann nur dann gesprochen werden, wenn das Ergebnis nicht vorher feststeht.

Das ähnelt dem Aktionskonsens von X-tausendmal quer, der ähnlich formuliert ist und einen Widerspruch zwischen „überschaubar“ und „selbstbestimmten Handeln“ enthält.

AnarchistInnen pro Konsens

Bliebe noch zu beweisen, dass Konsens tatsächlich eine hohe Bedeutung für die deutschsprachigen AnarchistInnen hat. Diese reicht bis zu Behauptungen, dass in Kommunen „alle Entscheidungen in einer Kommune werden nach dem Konsensprinzip getroffen“ – was erstens informelle Hierarchien ausblendet und zweitens schlicht nicht stimmt. Das spricht nicht nur von mangelndem Wissen, sondern auch von einer typischen Art hegemonialem Anspruchs: Das Gewollte wird als Faktisches behauptet und so festgeschrieben.

Aus Wikipedia zu „Kommunen“²⁷

Alle Entscheidungen in einer Kommune werden nach dem Konsensprinzip getroffen, d. h. im Plenum werden alle anstehenden Entscheidungen (Anschaffungen, Neuaufnahmen, strukturelle Änderungen) zunächst diskutiert und – falls niemand ablehnt (also Veto einlegt) – von allen mitgetragen. Das bedeutet nicht, dass alle einer Meinung sein müssen; so können Entscheidungen auch auf vorläufiger Basis getroffen werden und später erneut diskutiert werden. Der Vorteil des Konsensprinzips besteht darin, dass die Stimme jedes einzelnen großes Gewicht hat und gehört werden muss, was sich positiv auf die Diskussionskultur auswirkt.

Aus Ralf Burnicki: „Die anarchistische Konsensdemokratie“, a.a.O.

Aber ein Konsens gilt in einer anarchistischen Konsensdemokratie als das anzustrebende Ziel. Mit ihm wird der Zweck verfolgt, herrschaftliche Entscheidungen zu verunmöglichen.

Aus Stehn, Jan: „Anarchismus und Recht“, a.a.O.

Konsens versöhnt Selbstbestimmung und Gerechtigkeit ...

Nein, nicht einheitliche Regelungen sind für die anarchistische Gesellschaft notwendig, aber ein Konsens über Prinzipien und Wertvorstellungen, die einen Rahmen für die Vielfalt der Regelungen bieten.

Deutlich seltener hagelt es Kritik am Konsensprinzip. Die Texte stammen dann meist aus den englischsprachigen Teilen der AnarchistInnen – und schwappen bröckchenhaft in den deutschen Sprachraum. Dort scheint nur Wenigen klar zu sein, dass eine herrschaftsfreie Welt auf Offenheit, Dynamik und eine impulsiv-egalitäre Streitkultur ohne Hang zu Abstimmungssiegen aufbauen muss.

Alfie Kohn, No Contest: The Case Against Competition (S. 156)²⁸

Deshalb wird eine anarchistische Gesellschaft auf kooperativem Konflikt aufgebaut sein, da „Konflikt an sich nicht schädlich ist. ... Meinungsverschiedenheiten bestehen [und nicht versteckt werden sollten] ... Was Meinungsverschiedenheiten destruktiv macht, ist

²⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Kommune_%28Lebensgemeinschaft%29

²⁸ Zitiert nach www.martinwilke.de/konsenskritik.htm

nicht die Tatsache des Konflikts an sich, sondern das Hinzufügen von Konkurrenz. ... eine starre Forderung nach Übereinstimmung bedeutet, daß die Leute wirksam davon abgehalten werden, ihre Weisheit zu den Bemühungen der Gruppe beizutragen.“

Aus Bookchin, Murray (1992): „Die Neugestaltung der Gesellschaft“, Trotzdem-Verlag in Grafenau (S. 175)

Eine Tyrannei des Konsens zieht, wie die berühmte „Tyrannei der Strukturlosigkeit“ eine freie Gesellschaft herab. Sie neigt dazu, die Individualität im Namen der Gemeinschaft und den Widerspruch im Namen der Solidarität zu untergraben. Wenn die Entwicklung des Einzelmenschen durch öffentliches Mißfallen abgewürgt wird und seine abweichenden Vorstellungen durch den Druck der öffentlichen Meinung „normiert“ werden, so fördert dies weder wahre Gemeinschaft noch Solidarität.

Weitere Kritiken an Diskussionsmethoden der Konsenskultur

Ohne es überzubewerten: Auch viele Begleitmuster im Verhalten bei basisdemokratischen und vor allem Konsensabstimmungen werfen Fragen nach den Hintergründen dieser Verregelungen auf. Häufig werden Äußerungsformen vereinheitlicht: Für Zustimmung, Ablehnung, Kritik an Wiederholungen oder Unverständlichkeit gibt es bestimmte Handzeichen. Abweichungen sind verpönt. Diese Vorgaben werden – wie beim Veto – freundlich begründet und klingen erstmal überzeugend. Doch beim näheren Hinsehen kommen Zweifel. Ist es für eine Person, die gerade spricht und dabei unsicher ist, tatsächlich so förderlich, wenn während des Sprechens überall Leute irgendwelche Handzeichen machen? Ist es nicht gerade ein Nachteil z.B. gegenüber Applaus oder Zwischenrufen, dass die sprechende Person bei Handzeichen cool bleiben und durchgehend weiterreden muss? Lassen sich so Scheinkonsense per optischer Dominanz herbeiwedeln?

Ähnlich sieht es mit Redezeitquotierungen und anderen Regeln für das Sprechen aus. Auch sie dürften die geschickten RhetorikerInnen bevorzugen. Denn die wissen ihre Redezeit einzuhalten, während ungeübte RednerInnen häufiger unterbrochen werden müssen, was ihren Redebeitrag stark verunstaltet. Das alles muss solche Methoden nicht grundsätzlich ausschließen, aber die Einseitigkeit, mit der sie seit Jahren und Jahrzehnten positiv dargestellt werden, während Missbrauchsmöglichkeiten verschwiegen und damit zum Steuerungswerkzeug der Eingeweihten werden, kann kaum reines Versagen sein. Es riecht genauso nach Absicht wie die Sache mit der Fragestellung bei Konsensabstimmungen. Auf die Feinheiten achten nur die Geübten – und sichern so ihre Macht, die sie mit ihrem Gerede von Gleichberechtigung und Basisdemokratie verschleiern. Zusätzlich sichern sie ihre Macht über die Moderation, die stark steuernde Möglichkeiten hat und in der Regel immer aus Personen der Bewegungseliten besteht. Das Gesamtpaket verschafft gute Kontrolle bei gleichzeitiger Legitimation durch die Abstimmungsorgane. Opposition wird dann nicht mehr mit Argumenten, sondern mit Hinweis auf bestehende Konsense bekämpft.

Kritik der Demokratiebefürwortung

In deutschsprachiger, anarchistischer Literatur finden sich kaum demokratiekritische Texte. Bei Horst Stowasser klingt die Skepsis an einigen Stellen an, um an anderen Stellen aber durch pro-demokratische Anspielungen wieder aufgehoben zu werden. Anders sieht es offenbar in anderen Ländern aus, wie Übersetzung z.B. englischsprachiger Anarchietexte ins Deutsche zeigen.

Aus Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 108 f.)

Haben wir den anarchistischen Prozess erst einmal in dieser Weise gedeutet, wird es auch möglich, sich von dem Fehler zu lösen, der das Denken über diesen Prozess am nachhaltigsten verwirrt: die Begrifflichkeit der Demokratie, mit der er beschrieben wird. Zwar bestehen wichtige Parallelen zwischen den Werten, die Aktivisten in ihrer kollektiven Praxis anwenden, und denen der radikaleren Demokratie-Theorien. Das betrifft insbesondere Konzeptionen von Partizipation, Beratung und Einbeziehung. Trotzdem bestehen zwischen den beiden Konzepten fundamentale Unterschiede. Der Demokratie-Diskurs geht ausnahmslos von der Prämisse aus, dass der politische Prozess letztendlich in kollektiv bindenden Beschlüssen resultiert. Dass diese Beschlüsse durchaus das Ergebnis einer freien und offenen Debatte aller Betroffenen sein können, ändert nichts daran, dass dabei ein alle bindendes Mandat herauskommt. Zu sagen, etwas sei bindend, macht keinen Sinn, wenn jede und jeder einzelne Beteiligte darüber entscheiden kann, ob es für sie oder ihn bindend ist. Bindend heißt auch durchsetzbar, und Durchsetzbarkeit ist eine wesentliche Voraussetzung der Demokratie. Doch das Ergebnis des anarchistischen politischen Prozesses ist grundsätzlich nicht durchsetzbar. Insofern ist er keineswegs »demokratisch«; denn bei der Demokratie geht es ja darum, dass die gleichberechtigte Teilnahme an der Entscheidung gerade die anschließende Durchsetzung der Beschlüsse rechtfertigt – oder die Pille, die geschluckt werden muss, versüßt. Demnach ist Anarchismus nicht die radikalste Form der Demokratie, sondern folgt einem grundsätzlich anderen Paradigma kollektiven Handelns.

Eine ernst zu nehmende Kritik derer, die Basisdemokratie als integralen Bestand der Anarchie sehen, besteht in dem Vorwurf, dass bei Verzicht auf demokratische Elemente im Anarchismus das Individuelle überhöht und das Kooperative vernachlässigt würde. Ein Anarchismus der freien Vereinbarung ohne verbindliche Regeln und Entscheidungen sei nichts anderes als Individualanarchismus. Dieser Kritik kann mit überzeugenden Konzepten und Experimenten begegnet werden, die zeigen, dass es genau umgekehrt ist: Aus der Offenheit entstehen, gut entwickelte Kommunikation und Streitkultur vorausgesetzt, die Kraft, die Freiheit und der Wille zu mannigfaltiger Kooperation. Diese müssen nicht erst durch das Jammertal endloser Zustimmungsrитуale gehen, sondern schöpfen ihre Kraft aus dem Impuls, dem Willen und der Akzeptanz einer Idee.

Enden wir mit einem Kommentar von GWR-Chef (tschuldigung: Koordinationsredakteur heißt das, damit es nicht so auffällt) Bernd Drücke über dieses Kapitel (Internetfassung) und die dort benannte Demokratiekritik (siehe rechts): „Sudelseite“. Danke für die Blumen.